Nummer 72, 18.Jahrgang, Winter 2012/13

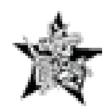
Spende 1 Euro

TIERRA Y LIBERTAD

Land und Freiheit - Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr



Könnt ihr das hören?
Es ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht.
Es ist die unsere, die wiederkehrt.
Der Tag, der Tag war, wurde Nacht, und die Nacht wird der Tag sein, der Tag sein wird



In eigener Sache

So eine lange Zeit musstet ihr lange nicht auf eine neue Ausgabe der Tierra y Libertad warten. Dafür bieten wir euch eine ganz frische niegelnagelneue Ausgabe mit einer Menge hochqualitativer und/oder seltener Texte für das frische Jahr.
Als die Zeitung schon fast fertig war, überraschten uns die Zapatistas mit einer massiven Mobilisierung am 21. Dezember, für die wir dann doch noch mal Platz im Heft (ab Seite 10) und auf dem Titel geschaffen haben.
Vorher macht Bertha Cáceres den Auftakt, die von Honduras aus einen Blick auf den Friedensnobelpreis für die Europäische Union wirft. Einen Schwerpunkt bildet die Situation in Mexiko nach dem Amtsantritt eines neuen Präsidenten und eines neuen Gouverneurs in Chiapas. Über Mexikos Grenzen geht es mit Beiträgen zu Guatemala und Honduras.
Wir nähern uns weiter den Antworten auf die Frage: Was treibt das so genannte Entwicklungshilfeministerium eigentlich in Chiapas? Und werfen einen Blick darauf, wie Menschen in Griechenland ihre Geschicke gemeinschaftlich in die eigenen Hände nehmen.
Zudem schauen wir auf das dritte Rebellische Zusammentreffen im vergangenen Sommer zurück und dokumentieren aus traurigem Anlass eine Erklärung der Internationalen Liga für Menschenrechte zum Prozeß um den Tod von Oury Jalloh.

Die lange Pause hat auch mit Veränderungen hinter den Kulissen zu tun. Die vergangenen Jahre ist die Tierra y Libertad herausgegeben worden in Kooperation vom Ya-Basta-Netz, Cafe Libertad und Zapapres. Das Cafe Libertad Kollektiv hat dabei einen Großteil der Finanzierung geleistet und einen Großteil der Auflage mit den Kaffeelieferungen versandt.
In der Zeit seit der letzten Ausgabe hat sich Cafe Libertad geteilt. Beide Gruppen haben eine gemeinsame Erklärung zur Trennung verfasst, die ist auf den jeweiligen Webseiten nachzulesen. (z.B.: www.aroma-zapatista.de/uber-uns)
Für uns (die Teile der Redaktion, die nicht im Kaffeehandel stecken) stellt sich die Situation wie folgt dar:
Bei dem Teil von Cafe Libertad, der jetzt Aroma Zapatista heisst, sind die compas, mit denen wir die Zeitung in den letzten fünf Jahren persönlich und handfest gemacht haben. Dort sind auch die compas, mit denen wir über die Jahre in gemeinsamen politischen Aktionen tätig waren - in Solidarität mit den Zapatistas und gelegentlich zu anderen Themen. Dazu gehören auch Menschen, die sich zur Zeit keinerlei Zusammenarbeit mit dem anderen Teil vorstellen können. Zu tief sind hier die Wunden und Gräben, die menschliche und politische Enttäuschung. Eine Vorstellung des neuen Kollektivs findet ihr im hinteren Teil der Zeitung.
Bei dem Teil von Cafe Libertad, der weiter Cafe Libertad heisst, gibt es auch einzelne, mit denen uns politische Geschichte verbindet. Ausserdem befindet sich dort ist ein Großteil unserer Leser_innen. (Wegen des oben erwähnten Versands.) Wir wollen nicht sämtliche Verbindungen zu dieser Gruppe abbrechen, wollen in dieser Situation aber auch nicht von einer Finanzierung durch sie abhängig sein.
Cafe Libertad kann natürlich wie alle anderen auch, die Tierra y Libertad bestellen und weiterverteilen, hat sich aber zumindest für diese Ausgabe entschieden, dies nicht zu tun. Das bedauern wir.
Somit verlassen wir mit dieser Ausgabe gewohnte Bahnen und werden sehen, wohin uns die Trampelpfade durch den Dschungel führen. Wir sind jedenfalls gewillt, die Tierra y Libertad als Stimme der Solidarität und Rebellion weiterzuführen und freuen uns über jede Art der tatkräftigen Unterstützung.

Die Redaktion der Tierra Nr. 72

INHALT

Impressum:

HerausgeberInnen:
Ya-Basta-Netz in Zusammenarbeit mit
Zapapres e.V.
www.tierra-y-libertad.de

Kontakt zur Redaktion:
landundfreiheit@riseup.net
c/o Zapapres e.V.
Postfach 306126, 20327 Hamburg
V.i.S.d.P. : C. Ramona
Nieberdingstr. 8, 48155 Münster
Auflage: 1400 Exemplare

Vertrieb:
abolandundfreiheit@riseup.net
Spendenvorschlag bei Bestellungen:
1 Exemplar - 2 Euro
5 Exemplare- 4 Euro
10 Exemplare- 6 Euro
20 Exemplare- 10 Euro
50 Exemplare- 22 Euro
am Jahresende können Spendenbescheinigungen
(ab 10 Euro) ausgestellt werden

bei Bestellungen aus dem Ausland bitten wir
um eine 2 € höhere Spende

Das Titelbild ist eine Montage von flaco unter Verwendung von Bildern von Troymer, Chiapas98.eu und enlacezapatista.ezln.org

Der Nobelpreis für die Europäische Union – absurdes Theater

Organisationen vergessen die Jahrhunderte des Mordens und Plünderns nicht

Interview mit Bertha Cáceres vom Zivilen Rat der popularen und indigenen Organisationen von Honduras (COPINH)

Am vergangenen 12. Oktober, als in ganz Lateinamerika der 520 Jahre des schwarzen, indigenen und popularen Widerstands gedacht wurde und der barbarische Mord an der Bevölkerung von Abya Yala [indigene Bezeichnung für Lateinamerika, Anm. d. Ü.]verurteilt wurde, erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis, da sie über mehr als sechs Jahrzehnte „zum Fortschritt des Friedens, der Versöhnung, der Demokratie und der Menschenrechte" beigetragen habe. Bertha Cáceres von COPINH verurteilte dies als eine zynische Selbstauszeichnung.

Was war Ihre erste Reaktion, als Sie erfahren haben, dass der Preis an die EU gehen würde?

Am Anfang dachten wir, dass das ein Witz sei. Aber als wir gemerkt haben, dass es stimmte, hat uns ein tiefes Gefühl von Besorgnis und Empörung erfüllt. Wir können nicht fassen, wie man der EU auf eine derart zynische Weise einen Friedenspreis geben kann, wenn sie in ihrer gesamten Geschichte unsere Bevölkerungsgruppen invadiert, kolonisiert, massakriert und ausgeplündert hat. Sie betreibt dies weiter über die Freihandels- und Assoziationsabkommen, die genau die gleichen ausbeuterischen Dynamiken wie seit 520 Jahren reproduzieren und dabei die sozialen Bewegungen kriminalisieren und unterdrücken, die diese Instrumente der Beherrschung und des Todes ablehnen. Unsere Gebiete werden weiter militarisiert. Wir beobachten, wie die EU Gesetze vorantreibt, die Migrant_innen diskriminieren und kriminalisieren, und wie sie im Rahmen der NATO andere Länder bombardiert und besetzt, wie Libyen, Afghanistan und Irak. Die EU verteidigt nach wie vor ihre Interessen und ihr kapitalistisches Modell, sie reduziert den Staat auf seine Minimalform und unterdrückt brutal die eigene Bevölkerung, wenn sie diese Situation nicht einfach hinnimmt.



Wie erklären Sie sich die Motive, die vom Laudator bei der Preisübergabe kommuniziert wurden?

Das sind abgedroschene Konzepte, die von der EU genutzt werden, um sich auf internationalem Parkett das Gesicht reinzuwaschen und sich zu positionieren. Hinter dieser Selbstbeweihräucherung steht der ganze Kolonialismus, die Plünderung und der Raub, den wir als Bevölkerung Lateinamerikas erlitten haben.

Wie interpretieren Sie die Entscheidung, die Übergabe des Nobelpreises mit dem historischen Datum des 12. Oktobers zusammenfallen zu lassen?

Ich glaube, es ist ihnen egal, und das Schlimmste ist, dass sie wirklich überzeugt sind, Kultur, Entwicklung und Zivilisation hierher gebracht zu haben. Tagtäglich sehen wir, wie sie ihre Megaprojekte pushen, ihre kommerziellen und finanziellen Politiken, die sämtliche Rechte der Arbeiter_innen plattmachen, und auch die Menschenrechte und die Rechte der Menschen, ein würdiges Leben zu haben. Wir brauchen keine „Entwicklung", die Raub, widerrechtliche Anmaßung und Zerstörung unserer Identitäten, Kultur, Biodiversität, Souveränität und Selbstbestimmung bedeuten. All das empört uns und es ist eine Beleidigung unseres Kontinents.

Ein Nobelpreis, der an Bedeutung verloren hat ...

Er hat jedwede Glaubwürdigkeit verloren. Wie soll der Welt der Preis erklärt werden, der Herrn Obama übergeben wurde, dem bedeutendsten Förderer der Remilitarisierung unserer Region und der Kriege in diversen Teilen der Welt? Wie soll der Preis an die Europäische Union erklärt werden, die für Genozide und Vernichtung im Süden der Welt verantwortlich ist? All das ist wichtig für unsere Bevölkerung und auch für die Menschen in Europa, die unter den Angriffen leiden, die durch das System des neoliberalen Kapitalismus provoziert wurden.



Bertha Cáceres, COPINH, Honduras

Es gibt 520 Jahre des Widerstands und des Kampfes. Wie geht dieser Prozess weiter?

Es geht um einen sehr ungleichen Kampf. Sie haben vorgehabt, uns zum Verschwinden zu bringen, aber wir haben eine Fähigkeit entwickelt, auf unterschiedliche Weise Widerstand zu leisten. Wir haben den Wunsch und die Überzeugung, weiter auf allen unseren Weisen zu existieren, mit unseren Kosmovisionen, unseren Konzepten, unseren Territorien und unserer Identität.

Aber jetzt müssen wir einen weiteren Schritt machen und uns mit vielen lateinamerikanischen Identitäten und Diversitäten vereinen. Der Schlüssel ist, zusammenzukommen und wirklich entschlossen einen Prozess der antikapitalistischen, antirassistischen und antipatriarchalen Positionierung zu schaffen.

In diesem Sinne hat der Kampf gegen die sogenannten Modellstädte heute in Honduras eine besondere Bedeutung. [Im Konzept der Modellstädte sollen Menschen aus kleinen ländlichen Dörfern in künstliche Kleinstädte zwangsumgesiedelt werden, Anm.d.Ü.]. Dabei geht es um eine weitere Barbarei, die den Nobelpreis für die EU noch absurder machen. Die „besonderen Entwicklungsregionen" sind ein klares Beispiel dafür, wie der Kapitalismus auf höchst aggressivem Niveau in der Lage ist, uns das Letzte zu rauben, was wir haben, indem er unsere Souveränität zermalmt. Wir können nicht tolerieren, dass mehr als 30 transnationale Konzerne unter sich unser nationales Territorium aufteilen wollen. Wir werden uns vorbereiten, mobilisieren und in den Kampf ziehen.

Interview: Giorgio Trucchi
Übersetzung: Lucio

PRI 2.0 – jüngere Akteure und alte Strukturen

Zwölf Jahre nach der Wahlniederlage der damaligen Staatspartei PRI – der Partei der Institutionalisierten Revolution – übernahm Enrique Peña Nieto am 1. Dezember 2012 zum ersten Mal in diesem Jahrtausend das Amt des mexikanischen Präsidenten erneut für die PRI.



"Demokratische Amtsübernahme" Enrique Peña Nieto beim Amtseid
La Jornada, Dezember 2012

Bereits in der Wahlnacht im Juli 2012 hatte Peña Nieto erklärt, dass es "kein Zurück in die Vergangenheit" gäbe, ohne allerdings diese PRI-Vergangenheit als das zu charakterisieren und zu verurteilen, was sie war – und was sie in den Analysen vieler Kritiker auch heute noch ist – ein System, der "perfekten Diktatur" (Vargas Llosa), der Korruption, des Autoritarismus, der Straflosigkeit, der Repression und der Klientelwirtschaft.

Enrique Peña Nieto, früherer Gouverneur des mexikanischen Bundesstaates Mexiko, konnte sich innerhalb der PRI als Präsidentschaftskandidat durchsetzen, weil er von Carlos Salinas de Gortari, dem umstrittenen Präsidenten von 1988 – 1994 und heute einem der einflussreichsten Menschen in Mexiko, sowie von Televisa, der größten Fernsehanstalt Lateinamerikas, protegiert wurde, wahrscheinlich nach dem Motto: Er sieht gut aus, ist mit einem ebenfalls attraktiven Telenovela-Sternchen liiert, und darüber hinaus nicht besonders intelligent, was die Einflussnahme auf zukünftige politische Entscheidungen erleichtert.

Pura Palabría – reine Worthülsen?!

Während draußen vor dem Parlamentsgebäude San Lázaro die Proteste gegen die "erkaufte, illegitime Präsidentschaft" mit Gummigeschossen, Wasserwerfern, Tränengas und Knüppeleinsätzen zum Schweigen gebracht werden sollten, sprach Peña Nieto drinnen seinen Amtseid, begleitet von einem Falschgeld-Regen in Anspielung auf die millionenfach gekauften WählerInnenstimmen, die seinen "betrügerischen" Wahlsieg – so die Kritik der Opposition – erst möglich machten.

Während sein Vorgänger Felipe Calderón fast unbemerkt das Parlamentsgebäude verließ, nahm Peña Nieto in seiner ersten Regierungserklärung verbal Bezug auf die Studierendenbewegung von 1968 und andere soziale Bewegungen, allerdings in einer eher zufälligen, positivistischen Aneinanderreihung von Ereignissen, um dann sein pragmatisches Regierungsprogramm vorzustellen, das als zentrales Versprechen die "Erneuerung" beinhaltete. Sein Regierungsprogramm sieht u.a. eine "effiziente Regierung" auf der Grundlage einer Umstrukturierung der Regierungsarbeit vor, verbunden mit dem Kampf gegen die Korruption, eine Strukturreform, sowie die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems und die Überwindung der ernormen sozialen Ungerechtigkeiten.

Für J.L. Méndez, Koordinator des Bereichs der Maestría in Politischer Wissenschaft am renommierten Colegio de México, bedeutet die Ankündigung der Umstrukturierung der Regierungsarbeit "die Rückkehr in die 50-er, bzw. 60-er Jahre, als die damals herrschende Staatspartei PRI und ihre jeweiligen Präsidenten zwei große Schwerpunkte hatten: den politischen Bereich, der durch ´Gobernación', dem Innenministerium, koordiniert wird und den wirtschaftlich-sozialen Bereich unter der Federführung des Finanzministeriums". Und genau diese erneute Stärkung des Innen- und des Finanzministeriums, sind Teile der angekündigten Regierungsreform.

Das Innenministerium soll – so die Reforminitiative von Peña Nieto – analog zum US-Ministerium für Innere Sicherheit (dem Department for Homeland Security) organisiert werden und die Aufgaben des aufzulösenden Ministeriums für öffentliche Sicherheit übernehmen, eine heftigst kritisierte – erneute – Machtkonzentration in den Händen von Funktionären, die bereits in den Zeiten der "alten" PRI wichtige Machtpositionen ausübten. Im Reformvorschlag des neuen Präsidenten fehlen die entscheidenden Kontrollmechanismen, um die neue Machtfülle der "SEGOB" (Secretaría de Gobernación) zu überwachen.

Die neu zu schaffende nationale Antikorruptions-Kommission soll lediglich administrative Maßnahmen, jedoch keine strafrechtliche Verfolgung einleiten können, so dass der angekündigte "energische Kampf gegen die Korruption" lediglich auf dem Papier und in den präsidialen Reden stattfinden wird.

In Worten startete Peña Nieto in seiner Regierungserklärung einen indirekten Angriff auf eine der korruptesten gewerkschaftlichen Mafias, die der SNTE, der Nationalen Gewerkschaft der Arbeitenden im Bildungsbereich) sowie die Macht der Fernseh- und Telekommunikationsmonopole, die durch die Gründung von zwei neuen Fernsehkanälen bzw. die Öffnung des monopolistisch strukturierten Telekommunikationsbereichs für "die Konkurrenz" gebrochen werden soll.



Enrique Peña Nieto hat eine Weiterführung des Kriegskurses seines Vorgängers Felipe Calderón angekündigt

PRI 2.0 – oder PRI reloaded

Nichts in der Biografie von Enrique Peña Nieto, nichts in der Entwicklung der PRI in den vergangenen 12 Jahren macht optimistisch, was seine gerade begonnene sechsjährige Präsidentschaft betrifft:

- Er verdankt seinen Aufstieg den reaktionärsten Sektoren des alten PRI-Regimes.
- 2006 war er als Gouverneur des Bundesstaates México für den brutalen Polizeieinsatz in der Gemeinde Atenco verantwortlich, den er bis heute ungeachtet der Kritik der nationalen Menschenrechtskommission angesichts der unzähligen Menschenrechtsverletzungen verteidigt.



- Während des Wahlkampfes reagierte er und seine Partei auf die Kritik von Studierenden an der Privatuniversität Ibero mit den Methoden der alten PRI und diffamierte die StudentInnen als professionelle Krawallmacher.
- Das Gewicht der alten PRI zeigte sich deutlich in der Debatte um die Arbeitsrechtsreform, die noch von Felipe Calderón eingebracht wurde. Alle Regelungen in Bezug auf innergewerkschaftliche Demokratie und Transparenz wurden auf Druck der korrupten korporativen Gewerkschaften blockiert, die noch immer über einflussreiche VertreterInnen in den PRI-Fraktionen von Senat und Abgeordnetenhaus verfügen.
- Das Kabinett von Peña Nieto, von der Zeitung La Jornada als „treu den Ursprüngen" charakterisiert, besteht im Wesentlichen aus Vertretern der alten PRI-Dynastien vor allem des Bundesstaates Mexiko, zum anderen aus Anhängern des ehemaligen PRI-Staatspräsidenten Carlos Salinas und in geringerem Umfang des ehemaligen Staatspräsidenten Zedillo.
- In den vergangenen 12 Jahren als Oppositionspartei hatten weder Peña Nieto, noch die PRI als Partei einen ernsthaften Versuch unternommen, die eigene Vergangenheit als autoritäre Staatspartei aufzuarbeiten, die u.a. die alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Korruption ermöglichte, das System der Straflosigkeit perfektionierte, die Macht der korrupten korporativen Gewerkschaften stärkte und mit der Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik die sozialen Ungerechtigkeiten zuspitzte und die Macht der "poderes facticios" erst ermöglichte.

Die brutale Unterdrückung der sozialen Proteste am 1. Dezember, dem Tag der Amtsübernahme durch Peña Nieto mit Hilfe von Provokateuren, die wie damals bei der Niederschlagung der Studierendenbewegung von 1968 sich untereinander durch einen schwarzen Handschuh zu erkennen gaben, macht deutlich, dass die Gefahr der weiteren Kriminalisierung und Verfolgung sozialer Bewegungen sehr real ist.

Doch von den Handlungsräumen für die gesellschaftliche Opposition wird es abhängen, ob der nötige Druck auf die neue Regierung aufgebaut werden kann, um u.a. die verbalen "Erneuerungs-Vorschläge" Wirklichkeit werden zu lassen.

Jk (Mexiko Stadt) – zapapres e.V.

Die Bevölkerung aufgeweckt - #Yo Soy 132

Es ging ein Ruck durch Mexiko, als diese Bewegung entstand: #YoSoy132 (Ich bin Nummer 132) mischte den Präsidentschaftswahlkampf durch die Forderung nach Demokratisierung des Landes und vor allem durch die drastische Ablehnung der Rückkehr der alten, korrupten Staatspartei PRI an die Macht auf.



"Die Demokratie ist tot - Mexiko ist von Krimminellen entführt" Demonstration in San Francisco, 1.September 2012 (Foto: indybay.org)

Die im städtischen Kontext der Megametropole Mexiko-Stadt entstandene Bewegung verbreitete sich bald im ganzen Land, und begann auch, sich international zu organisieren. Ein Rückschlag war nicht nur der zweifelhafte Wahlsieg der PRI, sondern auch das Verhalten vieler AnhängerInnen, etwa des ehemaligen Sprechers Antonio Attolini, der die Marke #132 verkaufte und nun für den Medienkonzern Televisa arbeitet. Über die Motivationen, Rückschläge und Enttäuschungen, aber auch über die unsichere Zukunft der Bewegung ein Interview mit Elienaí Lopez von #YoSoy132-NRW (Nordrhein-Westfalen).

Die Bewegung #Yo soy 132 setzte sich von Anfang an vor allem für die Demokratisierung der mexikanischen Medien ein. Wie sieht die aktuelle Medienlandschaft Mexikos aus und welche Umstände machen diese Forderung so notwendig?

EL : Es gibt keine freie Presse in Mexiko. Die vorherrschenden Medienkonzerne sind Televisa und TV Azteca. Beide Konzerne haben den Auftrag, die große Mehrheit der Bevölkerung zu informieren, aber die mediale Manipulation in dem korrupten System ist allgegenwärtig. Trotzdem gibt es eine unabhängige Presse, in der, wenn sie im Vergleich zu den großen Konzernen auch klein ist, trotzdem großartige JournalistInnen arbeiten, wie z.B. Carmen Aristegui. Diese Journalistin wurde oft zensiert, bekommt aber auch viel Rückhalt von Leuten, die ihre Arbeit und vor allem ihren Mut unterstützen. Die Wahrheit zu sagen kann in Mexiko das Leben kosten.

#132 kommt direkt aus dem Umfeld (wohlhabener) StudentInnen und organisiert sich vor allem über soziale Netzwerke. Weite Teile der mexikanischen Bevölkerung haben keinen Zugriff auf das Internet. Wie ist der Kontakt der Bewegung zu diesen und anderen Teilen der Bevölkerung?

EL: Es stimmt, die Mehrheit der Bevölkerung hat keinen Zugriff auf das Internet. Aber als die StudentInnen sich einmal organisiert hatten, haben viele Leute das bemerkt. Kleine studentische Gruppen organisierten die Zusammentreffen und diese haben dann angefangen, die Leute darüber zu informieren. Dafür wurden z.B. Flyer produziert, auch wurden Poster und Wandbilder an Brücken, Wänden und anderen öffentlichen Orten geklebt, so dass weite Teile der Bevölkerung davon Notiz nehmen konnten. Zudem gab es große Demonstrationen von Tausenden Personen, die beständig durch die zentralen Straßen von Mexiko-Stadt und anderen Städten gezogen sind. Viele Informationen wurden auch von Mund zu Mund verbreitet, an FreundInnen, Familie, Bekannte.

Eine der größten Motivationen für die Bewegung war es, die Rückkehr der PRI mit ihrem Kandidaten Peña Nieto an die Macht zu verhindern. Der Wahltag liegt jetzt einige Monate zurück. Die PRI hat gewonnen und übernimmt im Dezember die Regierung. Was bedeutet das für die Bewegung?

EL: Die PRI hat nicht gewonnen, es waren keine legalen und ehrlichen Wahlen! Es war ein Wahlprozess voll von Missständen und Betrügereien. Das sagen nicht nur wir MexikanerInnen, sondern auch die ausländische Presse. Peña Nieto ist nicht der demokratisch gewählte Präsident von Mexiko und an den gesellschaftlichen Umständen wird sich voraussichtlich nichts ändern.

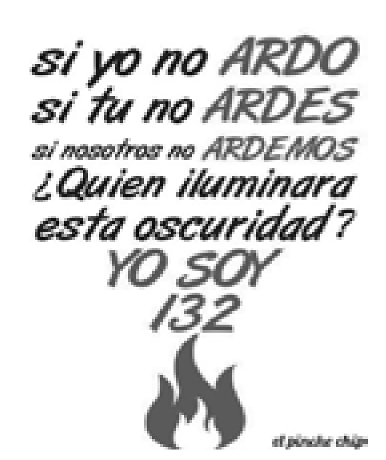
Nach einem halben Jahr des Organisierens nun eine kleine Bilanz: Wie hat sich die Bewegung entwickelt? Welche Erfolge und welche Rückschläge gab es?

EL: Die Errungenschaft der Bewegung war es, eine Bevölkerung "aufzuwecken", die lange Zeit sehr lethargisch und gleichgültig schien. Vor allem, dass gerade Jugendliche motiviert wurden, sich in das politische Leben des Landes einzumischen und selber Informationen zu verbreiten. Es war enttäuschend zu sehen, wie sich einige der Redner verkauft haben. Sie selber sagen, dass sei nicht so, aber viele sehen das so. Sie haben unser Vertrauen verraten und haben gezeigt, dass es nur um ihre eigenen Interessen ging. Viele haben auch aus persönlichen Gründen aufgehört, etwa um ihre Familien, Freunde und ihr eigenes Leben zu schützen.

Und ein Blick in die Zukunft: Wie wird es mit #132 weitergehen?

EL: Die Existenz von #132 sollte nicht bis zu dem Punkt verlängert werden, an dem sie den Glauben vieler Leute an eine offene und ehrliche Bewegung zerstört. Andererseits gibt es viele Leute die weitermachen und noch weitermachen werden bis zu den Punkt, an dem unsere Ziele erreicht werden. Die Bewegung sollte so, wie sie vor den Wahlen war, nun aufhören zu existieren und sich durch die Beteiligung aller motivierten Leute neu kreieren. Über die Zukunft wird viel spekuliert, aber noch steht nichts fest geschrieben!

Julian Pietzko



*Wenn ich nicht brenne,
wenn du nicht brennst,
wenn wir nicht brennen;
Wer wird denn diese Dunkelheit
erleuchten?*

Sie erzeugen Angst und Schrecken, um zu verhindern, dass die Menschen sich organisieren

Neoliberalismus, Repression und der Kampf für Menschenrechte in Mexiko Interview mit dem Comité Cerezo aus Mexiko

Der mexikanische Staat setzt bewusst auf Gewalt und Schrecken, um die Gesellschaft zu kontrollieren und Prozesse der gesellschaftlichen Organisierung zu zerschlagen. Dies ist die These des Comité Cerezo aus Mexiko-Stadt. Die Organisation setzt sich in ganz Mexiko für die Rechte der von Repressionen betroffenen politischen und sozialen Aktivist_innen ein. Sie dokumentiert und veröffentlicht die vom mexikanischen Staat in diesem Zusammenhang begangenen Menschenrechtsverletzungen, unterstützt die Betroffenen und ihre Angehörigen, macht Workshops zum Thema „Schutz vor Repression" und kämpft gegen die Kriminalisierung politischer Proteste.



Antonio und Alejandro Cerezo vom mexikanischen Comité Cerezo
Foto: Jan Kühn, amerika21.de

Gegründet wurde das Comité Cerezo 2001. Konkreter Anlass war die Festnahme des indigenen Aktivisten Pablo Alvarado Flores und der drei Brüder Alejandro, Héctor und Antonio Cerezo Contreras, die in der Studierendenbewegung aktiv waren. Ihnen wurde vorgeworfen, Sprengsätze in drei Banken deponiert zu haben. Im Gefängnis wurden sie gefoltert. Alejandro wurde schließlich 2005 freigesprochen. Die drei anderen wurden – obwohl keine Beweise vorlagen – verurteilt und blieben bis 2006 beziehungsweise 2009 in Haft. Seit ihrer Freilassung arbeiten die vier beim Comité. Neben dem Thema der Inhaftierung aus politischen Gründen widmet sich die Organisation seit einigen Jahren auch weiteren Repressionspraktiken des Staates wie der Bedrohung, Ermordung und Entführung von politischen Aktivist_innen. Für ihre wichtige und mutige Arbeit erhielten sie bereits mehrere Morddrohungen.

Im September waren Alejandro und Antonio in Deutschland, da sie mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurden. Auf ihrer anschließenden Rundreise besuchten sie die Lateinamerika Gruppe ¡Alerta! in Düsseldorf. Hierbei hatten wir Gelegenheit, mit ihnen über die aktuelle Lage in Mexiko, ihre Arbeit und ihre Analyse der Situation zu sprechen.

¡Alerta!: Ihr beschäftigt euch in eurer Arbeit mit staatlichen Repressionen und den Folgen für die sozialen Bewegungen. Diese Repression geschieht vor einem sehr konfliktreichen und gewaltvollen Gesamtkontext in Mexiko. Wie schätzt ihr die aktuelle Situation in Mexiko ein?

Alejandro: In Mexiko findet gerade eine riesige und planmäßige Militarisierung der staatlichen Institutionen und des gesellschaftlichen Lebens statt. Militär und schwer bewaffnete Bundespolizei sind im öffentlichen Raum immer präsenter. Die Militärs sind zu einer privilegierten Kaste geworden. Sie sind der einzige gesellschaftliche Sektor, dessen Gehälter in den letzten sechs Jahren um 110 Prozent gestiegen sind. Außerdem ist ihre Zahl im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gestiegen. Die Polizei wird ebenfalls militarisiert. Durch Trainingskurse des Militärs wird ihr eine militärische Denkweise beigebracht. Damit sieht sie diejenigen, die für ihre Rechte kämpfen, als Feinde, die den Interessen des Vaterlandes schaden, und behandelt sie dann wie Feinde in einem Krieg.

Grund für diese planmäßige Militarisierung ist, dass sie eine Absicherung für ihre großen neoliberalen Megaprojekte brauchen, in die aus vielen Ländern investiert wird – auch aus Deutschland. Dafür müssen sie die Menschen von ihrem Land vertreiben. Sie müssen die Menschen ausbeuten und versklaven, ohne dass diese sich dagegen organisieren und protestieren können. Sie müssen diejenigen unter Kontrolle halten, die es geschafft haben, sich zu organisieren, und diese Leute beiseite schaffen. Dieser Militarisierungsprozess, der im ganzen Land zu beobachten ist, geschieht also vor allem aufgrund von wirtschaftlichen Vorhaben, die nur einigen wenigen Vorteile bringen.

¡Alerta!: In Deutschland wird viel über die Gewalt der Drogenkartelle und den „Krieg gegen den Drogenhandel" berichtet.

Wie stehen Militarisierung und Repression damit im Zusammenhang?

Alejandro: In Mexiko gab es in den 60ern und 70ern eine Zunahme bewaffneter Aufstandsbewegungen. Daraufhin begann der Inlandsgeheimdienst in Mexiko, die Bosse der Drogenkartelle und die Marihuana-Produzent_innen auszurüsten, damit sie die subversiven Gruppen ausschalten. Diese Strukturen der 70er bestehen bis heute. Viele, die damals beim Geheimdienst oder Militär waren, kontrollieren heute große Teile des Drogenhandels. Eines der blutrünstigsten Drogenkartelle, die Zetas, ist von früheren Mitgliedern aus Spezialeinheiten des Militärs gegründet worden, die durch das US-Militär ausgebildet wurden. Die Mehrheit der anderen Gruppen hatte ebenfalls militärische Ausbildungen in Aufstandsbekämpfung bekommen. Wir glauben, dass der „Krieg gegen den Drogenhandel" und der „Kampf zwischen Kartellen" – wie es in den Nachrichten genannt wird – ein Vorwand dafür ist, dass der Staat die Gesellschaft besser kontrolliert.

Antonio: Was unerwähnt und versteckt bleibt: Wenn es Auseinandersetzungen zwischen den Banden gibt oder der Staat angeblich gegen die Kartelle vorgeht, dann ist das oft auch eine miese Art, die Leute aus ihren Häusern und von ihrem Land zu vertreiben. Sie machen das, weil sie die Gebiete für Bergbau-Megaprojekte brauchen. In Mexiko gibt es mehr als 700 Bergbau-Projekte und Vorhaben von nationalen und internationalen Unternehmen. Das heißt, sie brauchen diese Gebiete. Auch die Produktion von Windenergie wird in Mexiko durch die Vertreibung von Dorfgemeinschaften ermöglicht.

¡Alerta!: In eurem neuen Bericht dokumentiert und analysiert ihr die verschiedenen Methoden staatlicher Repression – darunter auch das sogenannte „Verschwindenlassen“. Was versteht ihr darunter?

Alejandro: Was in Mexiko häufig vorkommt, ist das zeitlich begrenzte Verschwindenlassen: Menschen, die zum Beispiel sieben oder acht Monate verschwunden sind und dann plötzlich in einem Hochsicherheitsgefängnis wieder auftauchen. Es gibt aber immer noch Aktivist_innen, die schon seit vielen Jahren verschwunden sind, manche seit den 70ern, und von denen man bis heute nicht weiß, was mit ihnen passiert ist – ob sie umgebracht wurden, ob sie noch leben, ob sie irgendwo eingesperrt sind.

Antonio: Ein anderes Merkmal dieses Verbrechens ist, dass die Behörden ihre Verantwortung leugnen. Sie geben keine Informationen über sie heraus, sie bringen sie nicht vor Gericht – und das, obwohl viele von ihnen in staatlichen Gefängnissen oder bei Behörden eingesperrt sind. Die Täter_innen sind entweder Militärs, Polizist_innen oder es sind paramilitärische Gruppen. Die Fälle von Verschwindenlassen haben in Mexiko in der letzten Zeit zugenommen. Allein von Januar 2011 bis Mai 2012 haben wir 38 Fälle dokumentiert. Dieses Verbrechen richtet sich hauptsächlich gegen Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen aus ländlich geprägten Gegenden, besonders häufig im Bundesstaat Guerrero oder Michoacán, dem Staat mit den meisten dokumentierten Fällen. Es gibt viele Fälle, die nicht dokumentiert oder nicht gemeldet werden.

¡Alerta!: Wie wirken sich die verschiedenen von euch untersuchten Formen der Repression auf die sozialen Bewegungen aus?

Antonio: Sehr stark! Diejenigen, die ermordet werden, sind oft zentrale Personen in den Organisationen. Das schwächt die Organisation und ihre Fähigkeit zu kämpfen. Das Verschwindenlassen zielt darauf, Panik und Schrecken zu erzeugen. Nicht nur Angst, sondern Panik. Angst lässt dich manchmal ja auch geschickter und entschlossener handeln. So aber wirst du handlungsunfähig und still. Die solidarische Verbundenheit zwischen Menschen wird zerstört. Verschwindenlassen zielt also darauf, zu verhindern, dass die Leute sich weiterhin organisieren. Inhaftierungen führen dazu, dass die Organisation einen großen Teil ihrer Zeit und ihrer Ressourcen darauf verwendet, die Gefangenen wieder frei zu bekommen. Dadurch haben sie weniger Zeit für ihre politische Arbeit und die Erreichung ihrer eigentlichen Ziele. Dazu kommen noch die psycho-sozialen Auswirkungen – etwa psychosomatische Krankheiten und die Folgen für die Familienangehörigen.



Wir glauben nicht, dass die mexikanische Polizei aufhört zu foltern, wenn sie von deutschen Polizisten ausgebildet wird. Polizeieinsatz gegen Studierende - Michoakan im Oktober 2012 Foto: amerika21.de

¡Alerta!: Und wie sind Aktivist_innen und Menschenrechsverteidiger_innen vom angeblichen „Krieg gegen den Drogenhandel“ betroffen?

Alejandro: Der Staat versucht, die Repressionsopfer unter die Opferzahlen dieses „Krieges“ zu mischen. Die Regierung sagt: Es sind nicht wir, die die Aktivist_innen der sozialen Bewegungen und die Menschenrechtsverteidiger_innen töten, das ist das organisierte Verbrechen. Aber die 353 Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger_innen, die wir zwischen Januar 2011 und Mai 2012 dokumentiert haben, wurden vom Staat begangen und eben nicht vom „organisierten Verbrechen“. Das Ganze ist auch eine Botschaft an die Bevölkerung: „Organisiert euch besser nicht, denn wenn ihr euch organisiert, wird das auch mit euch passieren.“ Dahinter steckt eine Strategie des Terrors, die ein Klima von Angst und Schrecken verbreitet. Sie schaffen momentan einen Terror-Staat. Sie erzeugen Angst und Schrecken, um zu verhindern, dass die Menschen sich organisieren.

¡Alerta!: Auch deutsche Unternehmen und die deutsche Regierung spielen bei der Repression in Mexiko eine Rolle. Könnt ihr uns mehr dazu sagen?

Alejandro: Befreundete deutsche Organisationen haben sich intensiver mit den Waffenverkäufen von Heckler & Koch an den mexikanischen Staat beschäftigt und fordern diese zu stoppen. Deshalb wäre unser Wunsch, dass die Menschen in Deutschland ihre eigene Regierung stärker beobachten, um so etwas zu verhindern und dass sie Druck machen, damit den Waffenfirmen der Verkauf nach Mexiko verboten wird. Denn diese Waffen werden letztendlich zur politischen Repression genutzt, zur sozialen Kontrolle. Und aufgrund der hohen Korruption werden viele dieser Waffen an die organisierte Kriminalität verkauft oder an paramilitärische Gruppen weitergegeben, um die Bevölkerung zu unterdrücken. Außerdem gibt es ein Kooperationsabkommen zwischen der mexikanischen und der deutschen Polizei. Wir wissen, dass es im deutschen Parlament aktuell eine Kampagne gibt, um das zu verhindern. Das finden wir richtig, denn die mexikanische Polizei benutzt systematisch Folter. Die mexikanische Polizei wurde schon von der US-amerikanischen, der israelischen, der kolumbianischen Polizei ausgebildet. Die Folterungen nahmen nicht ab, sondern stiegen und wurden „besser“. Wir glauben nicht, dass die mexikanische Polizei damit aufhört, wenn sie von deutschen Polizisten ausgebildet wird.

¡Alerta!: Wie sieht die aktuelle Arbeit des Comité aus?

Antonio: Wir suchen und systematisieren Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Mexiko. Daraus erstellen wir Statistiken und Berichte und dokumentieren damit die mexikanische Realität.
Außerdem ist die Bildung ein zentraler Aspekt unser Arbeit. Wir haben zwei Menschenrechts-Schulen. Eine, in der wir Leute zu verschiedenen Themen der Menschenrechtsarbeit ausbilden. In der anderen Schule unterrichten wir pädagogische Methoden, damit die Leute selber Workshops geben oder entwickeln können.

Seit zwei Jahren unterstützt das Comité die Kampagne „Contra la Desaparición Forzada“ (Gegen das Verschwindenlassen). Wir machen regelmäßig Aktionen, organisieren Podiumsdiskussionen oder Veranstaltungen. So etwa am 30. August, dem internationalen Tag der politischen Gefangenen, wo wir unter anderem eine Demonstration gemacht haben. Außerdem beteiligen wir uns an der ju-



„Was tun im Falle des Verschwindenlassens?"
Spendet für den Druck des Handbuchs !
Wenn ihr den Druck mit einer Spende unterstützen wollt, überweist den Betrag bitte auf folgendes Konto:

Kontoinhaber_in: Informationsbüro Nicaragua
Kontonr.: 917179
Bank: Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ: 330 500 00
Verwendungszweck: Comite Cerezo (bitte unbedingt angeben!)

Vielen Dank!

ristischen Kommission der Bewegung „Yo soy 132", einer studentischen Bewegung, die den Wahlkampf kritisch begleitet. Die Arbeit des Comité ist zurzeit sehr intensiv – leider! Denn das zeigt, dass die Probleme in Mexiko mehr werden.

¡Alerta!: Ihr habt auch ein Handbuch zum Thema des Verschwindenlassens herausgegeben, um Betroffene zu unterstützen. Könnt ihr uns mehr über das Handbuch und über eure weiteren Veröffentlichungen erzählen?

Alejandro: Uns ist aufgefallen, dass die meisten Leute nicht wissen, wie sie sich im Fall von Verschwindenlassen verhalten sollen, wenn sie oder ihre Angehörigen betroffen sind. Sie wissen nicht, wie sie dies zur Anzeigen bringen, an wen sie sich wenden können. Sie wissen nicht, was zu tun ist. Also haben wir ein kleines Handbuch geschrieben. Dort steht genau drin, wie Betroffene sich verhalten sollten, um zu ihren Rechten zu gelangen. Dieses Handbuch hilft in sehr vielen Teilen Mexikos. Wenn etwas passiert, hast du direkt etwas, in dem du konkrete Handlungsoptionen nachschlagen kannst. Neben diesem Handbuch haben wir dieses Jahr einen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen in Mexiko 2011 veröffentlicht.

¡Alerta!: Wie ist das Comité selber von Repressionen des Staates betroffen?

Antonio: Bevor wir den Bericht mit den ganzen Daten veröffentlicht haben, haben wir vom Comité Cerezo am 11. November 2011 eine weitere Morddrohung erhalten – die 13. Die Morddrohung richtete sich an alle Mitglieder des Comités, aber auch an unsere Familien, einschließlich eines zweijährigen Kindes. Es gab immer wieder Phasen der ständigen Beschattung. Wir dokumentieren diese Vorfälle und stellen Anzeigen. Aber keiner wurde bis jetzt so nachgegangen, dass die Verantwortlichen gefunden wurden – eher im Gegenteil, die Ermittlungsbehörden schließen die Akten, da angeblich Beweise fehlen. Es wird nicht weiter ermittelt und die Verantwortlichen bleiben straffrei. Das besorgt uns, denn dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein Mitglied des Comité angreifen oder uns schlimmer belästigen als „nur" mit Drohungen und Beschattung.

¡Alerta!: Wie können wir euch von hier aus unterstützen?

Alejandro: Wenn jemand von uns oder andere Menschenrechtsverteidiger_innen Morddrohungen erhalten, macht das Comité eine Eilaktion. Diese Eilaktionen könnt ihr unterzeichnen und uns dadurch unterstützen. Denn so zeigt ihr dem mexikanischen Staat, dass es Menschen in allen Teilen der Welt gibt, die sich um unsere Sicherheit sorgen und beobachten, was mit uns passiert. Wichtig ist auch, dass es Leute gibt, die unsere Eilaktionen ins Deutsche übersetzen. So können wir noch viel mehr Leute erreichen. Außerdem planen wir eine dritte Ausgabe des Handbuchs „Was tun im Falle des Verschwindenlassens?" drucken zu lassen. Dafür fehlt uns momentan noch das Geld und wir sind auf Spenden angewiesen.
(Siehe oben, Anm.d.Red.)

¡Alerta!: Danke, Antonio und Alejandro!

Antonio: Wir möchten uns bei unseren Genoss_innen in Deutschland für die Unterstützung und Solidarität bedanken. Wir werden mit unser Arbeit weiter machen, denn leider nehmen die Menschenrechtsverletzungen in Mexiko weiter zu.

Alerta!, Düsseldorf

Weitere Infos unter:
www.comitecerezo.org
www.alertaduesseldorf.blogsport.de

Über 40.000 Zapatistas demonstrieren in 5 Städten von Chiapas

Schweigend besetzen sie die Zentren von Ocosingo, San Cristobal, Palenque, Altamirano und Las Margaritas

Ocosingo, Chiapas, 21. Dezember. Über 40.000 Zapatistas marschierten heute Morgen in völligem Schweigen in fünf Städten von Chiapas. Dies ist die größte Mobilisierung der Organisation seit dem bewaffneten Aufstand der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung (EZLN) am 1. Januar 1994.

Von den fünf zapatistischen Caracoles in der Selva Lacandona, Los Altos und der Zona Norte aufbrechend, besetzten die Maya Völker in Rebellion (Tzeltales, Tzotziles, Choles, Tojolabales, Mam und Zoques) von Chiapas die zentralen Marktplätze von Ocosingo, San Cristóbal de las Casas, Palenque, Altamirano und Las Margaritas. Überall, in völliger Stille.



Zwanzigtausend Zapatistas sollen es allein in San Christobal gewesen sein. Foto via Chiapas98.eu

Gegen 6:30 Uhr morgens konzentrierten sich mehr etwa 6000 zapatistische Indigenas, die meisten von ihnen Jugendliche, vor der Universidad de la Selva, in der Nähe der archäologischen Stätte von Tonina. Von dort marschierten sie zum Zentralpark von Ocosingo, wo sie drei Stunden lang vor dem Rathaus verweilten, das vor 19 Jahren von den bewaffneten Kämpfer_innen und Milizionär_innen der EZLN eingenommen wurde, als sie der mexikanischen Regierung den Krieg erklärten.

Dieses Mal verlief die Aktion zivil und friedlich. Die einzigen, die sprachen, waren die hochgehaltenen linken Fäuste aller Zapatistas, während sie geordnet über ein Podium marschierten, das sie vorher errichtet hatten. Gegen 10:00 Uhr verließen die letzten Demonstrant_innen den Marktplatz und kehrten in den Urwald zurück.
Auch auf den anderen erwähnten Marktplätzen errichteten die Zapatistas Gedenkpodien, die alle Teilnehmer_innen der Mobilisierung mit erhobenen Fäusten passierten, in einem Aufzug beeindruckenden Schweigens.

In San Cristóbal de Las Casas demonstrierten etwa 20.000 zapatistische Männer und Frauen. Berichten zufolge versammelten sich in Las Margaritas mindestens 7.000 Indigenas und in Palenque 8.000. Die Anzahl aus Altamirano ist nicht bekannt. Laut Aussage eines Fahrers aus der Zone von Ocosingo, hätten vom Caracol von La Garrucha aus doppelt so viele Indigenas aufbrechen können, als letztendlich in die Hauptstadt von Ocosingo ankamen, aber da es nicht ausreichend Fahrzeuge gab, konnten nur 6.000 Personen transportiert werden.

In den letzten Wochen hatte die Webseite Enlace Zapatista hin und wieder "das Wort" des Geheimen Indigenen Revolutionären Komitees, Generalkommandantur der EZLN angekündigt, sowie der Kommissionen der Anderen Kampagne und der Sexta International.

An einem Tag, an dem viele Leichtgläubige auf der ganzen Welt das Ende der Welt erwarteten, nach einer opportunistischen Interpretation der "Prophezeiungen" (in Wahrheit, mathematischen Berechnungen) der alten Mayas, vollführten die Gemeinden der Unterstützungsbasis der EZLN, die zu den heutigen Mayas zählen und sich in ihre Sprachen "wahre Menschen" nennen, mit verhüllten Gesichtern eine machtvolle Demonstration von Stärke und Disziplin, perfekt angeordnet unter einem anhaltenden Nieselregen (ungewöhnlich für diese Jahreszeit), der die Mobilisierungen an den verschiedenen Orten den ganzen Morgen lang begleitete.

Geschickt darin schnell "aufzutauchen", "verschwanden" die indigenen Rebell_innen genauso geordnet und still, wie sie am Morgen in diesen Städten erhienen waren, die zwei Jahrzehnte nach dem hiesigen traumatischen Einfall der EZLN, die Zapatistas mit Staunen und Neugier empfing, ohne irgendein Zeichen der Zurückweisung. Unter den Torbögen des Rathauses, das heute seine Arbeit aussetzte, hatten sich Dutzende Einwohner_innen Ocosingos versammelt, um mit Kameras und Mobiltelefonen die spektakuläre Ansammlung der verhüllten Gestalten zu fotografieren, die den Park wie in einem Tetris-Spiel anfüllten, und in einer Anordnung vorrückten, die choreographiert zu sein schien, um zum Podium zu gelangen, das am frühen Morgen in aller Eile aufgebaut worden war, die Faust zu erheben und schweigend zu sagen "Hier sind wir. Ein weiteres Mal".

Hermann Bellinghausen
La Jornada, Samstag 22. Dezember 2012
Übersetzung: Dana

Das kürzeste Kommuniqué der EZLN

Nach Beendigung der Aktion veröffentlichte die EZLN noch am selben Tag folgendes Kommuniqué:

„Habt ihr das gehört?
Das ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht.
Es ist die unsere, die wiederkehrt.
Der Tag, der Tag war, wurde Nacht.
Und die Nacht wird der Tag sein, der Tag sein wird.
Demokratie!
Freiheit!
Gerechtigkeit!"

EZLN 21.12.2012

Quelle: enlacezapatista.ezln.org.mx



¿ESCUCHARON?

Ein unbeschriebenes Blatt

Manuel Velasco Coello, neuer Gouverneur von Chiapas

Am 8. Dezember, eine Woche nach dem Amtsantritt von Enrique Peña Nieto als Präsident Mexikos, trat in Chiapas der 32-jährige Manuel Velasco Coello das Amt des Gouverneurs an. Er ist damit der jüngste Gouverneur Mexikos und auch der erste von der Grünen Ökologischen Partei Mexikos (PVEM). Velasco Coello hatte die Gouverneurswahl in Chiapas am 1. Juli mit fast 70% der gültigen Stimmen gewonnen, die zweitplatzierte Maria Elena Orantes López, für die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) angetreten, war auf knapp 20% der Stimmen gekommen. Im Gegensatz zu Peña Nieto tritt er sein Amt mit der nötigen Legitimität an, allerdings sind auch in Chiapas eine Vielzahl an Berichten aus den verschiedenen Regionen bekannt, wonach die PVEM dort am meisten Wahlgeschenke vor der Wahl verteilte, um sich den Wahlsieg zu sichern.

Wer ist Manuel Velasco Coello?

Manuel Velasco Coello, aufgrund seiner Hautfarbe auch „El Güero" („der Blonde") genannt, ist ein relativ unbeschriebenes Blatt in der chiapanekischen und mexikanischen Politik. Zwar war er bereits Abgeordneter im chiapanekischen Kongress und von 2006 bis 2012 Senator der PVEM für Chiapas, jedoch ist über sein Wirken in diesen beiden Ämtern nicht viel bekannt. Lediglich die Tatsache, dass er Enkel des bereits verstorbenen Manuel Velasco Suárez ist, der als Neurologe in ganz Mexiko Ansehen erlangt hatte und in Chiapas als Gouverneur von 1970 bis 1976 regiert hatte, verlieh ihm ein wenig Bekanntheit. Dass er dennoch bereits vor der Wahl der aussichtsreichste Kandidat auf das Amt war, hat mit verschiedenen Faktoren zu tun. Da ist zunächst die Unterstützung zu nennen, die er vom scheidenden Gouverneur Juan Sabines Guerrero (PRD) erhalten hatte. Zudem hatte „El Güero" in seiner Zeit als Senator fast täglich Anzeigen in den lokalen Zeitungen geschaltet, die als positive Berichterstattung über seine Arbeit erschienen. Damit war er zumindest der zeitungslesenden Bevölkerung zu Beginn des offiziellen Wahlkampfs Anfang Mai 2012 weit bekannter als die anderen Kandidat_innen. Eine weitere wichtige Rolle spielte, dass seine Kandidatur den Rückhalt von Peña Nieto (als dieser noch Kandidat war) hatte. Die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die in Chiapas bis zum Jahr 2000 den Gouverneur stellte, gab damit der PVEM innerhalb der vereinbarten Wahlallianz den Vorzug bei der Kandidatenbestimmung, was für Unmut unter den lokalen PRI-Politiker_innen sorgte, die sich selbst Chancen auf eine Kandidatur ausgerechnet hatten. Nicht zuletzt dürfte mitentscheidend gewesen sein, dass die PVEM viel Geld in den Wahlkampf von Velasco Coello investierte, um das erste Gouverneursamt in der Geschichte der Partei zu erlangen.

Pläne für die Zukunft

Auf den „Güero" warten einige Aufgaben. Sein Amtsvorgänger Juan Sabines Guerrero hat dem Bundesstaat eine Rekordverschuldung von über 20 Mio. Pesos hinterlassen, weshalb Velasco Coello ankündigte, Sparmaßnahmen durchführen zu wollen, um diese Schulden abzubauen. Der chiapanekische Kongress, in dem PRI und PVEM die Mehrheit haben, hat dann auch gleich nach dem Amtsantritt von Velasco Coello beschlossen, für 2013 neue Nummernschilder einzuführen, womit alle Fahrzeugbesitzer_innen in Chiapas zur Kasse gebeten werden. Da die Mehrzahl der Steuern in Mexiko von der Bundesebene erhoben werden und diese den Großteil des Haushalts der Bundesstaaten verabschiedet, ist dies eine beliebte Maßnahme bei den Gouverneuren, um selbst Geld eintreiben zu können. Neben der finanziellen Schieflage, die Manuel Velasco von seinem Vorgänger erbt, wird er gleich am Anfang seiner Amtszeit auch einige soziale Konflikte lösen müssen. Vor allem im zweiten Halbjahr 2012 kam es in verschiedenen Regionen von Chiapas zu teils gewaltsamen Konfrontationen zwischen sozialen Organisationen und Kleinbäuer_innen, deren Ursache zumeist Landstreitigkeiten waren. Dabei stachen die Angriffe auf mehrere zapatistische Gemeinden hervor. So etwa in der Nördlichen Region, wo 87 Zapatist_innen aus ihrem neugegründeten Dorf Comandante Abel flüchten mussten, weil sie von einer Gruppe lokaler PRI-Anhänger_innen teils mit Schusswaffen bedroht wurden. Nach Aussagen des zuständigen Rates der Guten Regierung in Roberto Barrios konnten die Angreifer wohl sogar mit der Unterstützung des chiapanekischen Innenministers Noé Castañón rechnen. Aber auch andere Konflikte, zwei davon im Landkreis Venustiano Carranza im Zentrum des Bundesstaates, haben immer noch ein latentes Gewaltpotential und wurden von der scheidenden Regierung unbeachtet gelassen. Ob und wie die neue Regierung den Konflikten begegnet, ist derzeit unklar.

In der Antrittsrede die EZLN genannt

Bei der Amtseinführung von Manuel Velasco Coello waren verschiedene gewählte und amtsführende Gouverneure sowie die neue Amtsinhaberin des Bundesministeriums für Soziale Entwicklung, Rosario Robles, in Vertretung von Präsident Peña Nieto anwesend. Velascos Antrittsrede war vergleichsweise kurz, beachtenswert war jedoch, dass er darin die EZLN erwähnte, deren zivilen autonomen Strukturen er Respekt aussprach und seine Bereitschaft zum Dialog erklärte. Auch wenn diesen Worten eher andere Taten, wahrscheinlich viel mehr im Sinne der Schwächung dieser Strukturen, folgen werden, ist die Nennung der EZLN in der ersten Rede seiner Amtszeit insofern interessant, als dass der Konflikt zwischen EZLN und dem mexikanischen Staat in den letzten Jahren nach außen als gelöst dargestellt wurde und eine Erwähnung der zapatistischen Bewegung seitens der Regierung eher selten war.



Könnte glatt zur FDP gehören: Guero Velasco Coello Foto: chiapas.gob.mx

Noch kein Regierungskabinett

Noch erstaunlicher ist allerdings, dass Manuel Velasco Coello bisher noch kein neues Regierungskabinett vorgestellt hat. Derzeit sind noch ein Großteil der Mitglieder des Kabinetts von Juan Sabines geschäftsführend im Amt, so auch im für die lokale Politik recht wichtigen Innenministerium. Unter den neu ernannten Minister_innen ist aber bereits der neue Zuständige für die öffentliche Sicherheit und die chiapanekische Polizei, Jorge Luis Llaven Abarca. Seine Berufung sorgt für Beunruhigung unter Menschenrechtsverteidiger_innen. Einer bei Redaktionsschluss noch nicht veröffentlichen, vom Menschenrechtszentrum „Fray Bartolomé de Las Casas" initiierten öffentlichen Erklärung nach soll er in seiner bisherigen Laufbahn bei verschiedenen Ermittlungseinheiten in Chiapas und als Regionalchef der Bundesstaatsanwaltschaft im Bundesstaat mitverantwortlich für die Folterung von Festgenommenen sein. So scheint die neue Regierung sich nicht von der vorherigen zu unterscheiden, unter der auch verschiedene Fälle von Folter bekannt geworden sind. Für Chiapas bedeutet dies nichts all zu Gutes, denn unter Sabines war die Situation der Menschenrechte häufig besorgniserregend und Regierungsprojekte wurden oft gegen den Willen der lokalen, v.a. der indigenen Bevölkerung durchgesetzt.

Thomas Zapf, Chiapas

Trotzdem werden wir nicht aufgeben!

Psychologische Kriegsführung und solidarische Gegenmittel - ein Erfahrungsbericht

„Es ist schade, dass in Mexiko eine schlechte Regierung existiert, die anstelle von Intelligenz Scheiße im Hirn hat“ ... So drückte der Rat der Guten Regierung im Caracol Roberto Barrios deutlich wie selten aus, dass am Ende des Wahljahrs 2012 die Schmerzgrenze der Repression gegen die zapatistischen Gemeinden erreicht ist. Besonders in der zweiten Jahreshälfte haben die Aggressionen gegen die Compas in Breite und Qualität ein Maß erreicht, das sich aus Sicht der Gemeinden kaum mehr mit dem Terminus des Kriegs „niederer“ Intensität beschreiben lässt.

Menschenrechtsbeobachtung

Da ich seit Januar 2012 in Chiapas und mitunter auch als Menschenrechtsbeobachterin tätig bin, habe ich einige Male erlebt, was die Strategie der psychologischen Kriegsführung für die Gemeinden vor Ort bedeuten kann. Ich möchte daher meine Eindrücke der Auswirkungen des Krieges niederer Intensität in den Gemeinden San Marcos Avilés, Acteal und Comandante Abel beschreiben.

San Marcos Avilés

Die Gemeinde San Marcos Avilés bekommt seit zwei Jahren zu spüren, wie die Regierung die aufständischen Gruppen in Chiapas versucht zum Schweigen zu bringen.

Ursprünglich waren alle Bewohner_innen von San Marcos Zapatistas, doch seit der Anerkennung des Landes als Ejido 1998 begannen einige Familien Unterstützung der Parteien anzunehmen. Die Gemeinde begann sich zu spalten, heute sind nur noch ein Drittel der Familien Zapatistas. Nachdem die Zapatistas im Jahr 2010 eine autonome Schule gründeten, reagierte die Regierung mit einer Repressionswelle gegen die Compas. Die Autoritäten des Dorfes, die ausnahmslos Parteianhänger waren, dienten dabei als Handlanger, Familienangehörige der Zapatistas wurden zu Aggressor_innen gegen ihre eigenen Familienmitglieder. Die blieben dennoch bei ihrer Position.

Daraufhin überfielen die Paramilitärs 2010 die zapatistischen Familien mit Waffen, drohten die Frauen zu vergewaltigen und zwangen die Compas gewaltsam, ihre Häuser und die Gemeinde zu verlassen. Sie mussten in die Berge fliehen und sich dort mehrere Wochen lang unter lebensbedrohlichen Bedingungen verstecken. Als sie unter der Begleitung zivilgesellschaftlicher Organisationen nach 6 Wochen zurückkamen, fanden die Compas ihre Ernte vollständig vernichtet und ihre Häuser geplündert vor. Nachdem sie während der Regenzeit mit wenig Essen und Schutz vor Kälte und Regen unter härtesten Bedingungen überlebt hatten, mussten sie nun von Neuem ihre Lebensgrundlage aufbauen.

Doch der Krieg niederer Intensität sieht nicht vor, Frieden in die gespaltenen Gemeinden einkehren zu lassen. Seit der Rückkehr der zapatistischen Familien halten die Drohungen gegen sie und Diebstähle von Nahrungsmitteln an. Seit Anfang dieses Jahres wurden massiv Kaffee, Mais, Schweine und Hühner der Zapatistas gestohlen und teilweise verkauft. Die Familien sind konstant Spott und teilweise sexualisierten Beleidigungen ausgesetzt. Mehrmals wöchentlich werden die Compas über Lautsprecher von einigen Parteianhänger_innen diffamiert.

Krieg niederer Intensität

Die Broschüre „Salud Mental“ (psychische Gesundheit) des Zentrums CIEPAC benennt als Ziel der Strategie des Kriegs niederer Intensität, die sozialen Bewegungen zu erschöpfen und auszulaugen - und zwar dadurch, dass ihre Mitglieder sich isoliert fühlen, permanent in Angst leben und die Hoffnung auf Unterstützung verlieren.



"Wir bleiben wachsam" - mit diesem Aufkleber wurde in San Cristóbal an zahlreichen Orten auf die Situation in San Marcos Avilés aufmerksam gemacht. Bild: Eco Mundial

Acteal

Auch in anderen Gemeinden nehmen die Provokationen gegen die sozialen Bewegungen derzeit Formen an, die schwer zu ertragen sind. In Acteal beispielsweise sollte man meinen, dass die Familien 1997 ein Leid erfahren haben, mit dem es kaum menschenmöglich ist überhaupt weiterzuleben. 45 Menschen wurden dort umgebracht und ihre Körper brutal geschändet. Die Täter waren wiederum teilweise die Cousins, Onkel und Nachbarn. Fast alle Familien, die heute noch in der Gemeinde leben, haben jemanden verloren. Indessen zeigen sich die Paramilitärs rund um die Gemeinde wieder mit Waffen. Einige von ihnen wurden als Täter des Massakers verurteilt, im Gefängnis mit umgerechnet 500 Euro monatlich für ihre Taten von der Regierung weiter prämiert und nach 5 Jahren wieder entlassen.

In Acteal selbst befindet sich gleichzeitig der Sitz der Mesa Directiva. Die Mesa ist der Sitz der autonomen Regierung der Abejas (die Bienen), einer katholisch-pazifistischen Organisation, der Acteal und weitere Gemeinden angehören. 80 Meter vom Sitz der Mesa entfernt baut ein Parteianhänger ein Haus, das er sich als „Überlebender des Massakers“ von der Regierung finanzieren lässt. Er behauptet, durch das Massaker 4 Kinder und seine Frau verloren zu haben, was schlicht gelogen ist.

In einer Pressekonferenz vom 10. Dezember berichteten die Abejas weiterhin, dass die Regierung im Jahr 2012, da das Massaker fast 15 Jahre her ist, versucht, sich in der Öffentlichkeit so darzustellen, dass sie sich für die Opfer einsetzt. Zu diesem Zweck wurde eine Gruppe von Menschen neben Baumaterialien fotografiert und das Bild in Zeitungen veröffentlicht. Tatsächlich nehmen die Abejas, die der Otra Campaña angehören, keinerlei Unterstützung der Regierung an. Die fotografierten Personen waren Parteiangehörige aus umliegenden Gemeinden und keine Überlebenden des Massakers. Der Ort, an dem dieses Arrangement des Hohns drapiert wurde, ist die „Säule der Scham“. Das Mahnmal wurde zum Gedenken an das Massaker errichtet. Für mich sind diese Handlungen mit Herz und Verstand nicht mehr zu fassen und an Niederträchtigkeit kaum zu übertreffen.

Comandante Abel

Der Krieg niederer Intensität wirkt aber nicht ausschließlich mit den Mitteln der Missachtung, Demütigung und Einschüchterung. Unter dem makabren Motto der Regierung „son hechos no palabras“ (Taten, keine Worte) folgten in diesem Jahr den Worten tatsächlich Taten: Am 6. und 8. September fielen die Paramilitärs in die neu gegründete zapatistische Gemeinde Comandante Abel ein, um zapatistisches Gebiet zu besetzen. Sie schossen unter anderem auf Läden, in denen sich Frauen und Kinder befanden. Die Compas mussten aus ih-





Autonome Schule in San Marcos Aviles
Foto: Ramona Fletcher

ren Häusern in die Berge fliehen.
Als am 18. September eine Solidaritätskarawane in der Gemeinde eintraf, in der die Geflohenen untergekommen waren, fand sie die Compañer@s, hauptsächlich Frauen und Kinder, in einem desaströsen Zustand vor. Sie waren 3 Tage während der Regenzeit ohne Nahrung in den Bergen unterwegs gewesen, zwei Frauen und zwei Kinder waren einige Tage lang verschwunden. 10 Tage später litten einige (teils schwangere) Frauen und Kinder noch immer an Husten, Fieber und Erbrechen. In der gleichen Gemeinde haben auch einige Zapatistas aus der Gemeinde Union Hidalgo Schutz gefunden. Sie waren geflohen, weil sie Tag und Nacht bedroht wurden. Die Paramilitärs hatten verkündet, die Zapatistas seien durch das Recht nun nicht mehr geschützt, da sie jetzt einen anderen Weg gingen.
Doch trotz aller Repressionen und lebensbedrohlicher Umstände denken die Compas nicht daran, diesen Weg zu verlassen. Ein Compa aus Comandante Abel spricht vom Krieg niederer Intensität als dem „langsamen, aufreibenden Krieg, den sie uns aufzwingen, damit wir vor ihnen niederknien", und sagt weiter: „Trotzdem werden wir nicht aufgeben."

Widerstand und Weitermachen, gemeinsam

Die Strategie der Zapatistas gegen die Repression ist seit jeher, selbst keine Gewalt anzuwenden, die Aggressionen gegen sie an die Öffentlichkeit zu bringen und sich auf den Ausbau ihrer autonomen Strukturen zu konzentrieren. Die Compas sagten mir, dass es dabei primär natürlich darum geht, eine kollektive Versorgungsgrundlage zu schaffen und gemeinsam politisch handlungsfähig zu sein. Gleichzeitig sei für sie das Organisieren in Kollektiven, die unzähligen Cargos (Aufgaben, Posten), die die Compas in der „organisación" übernehmen und die Treffen mit den Compas aus anderen Gemeinden und Landkreisen für sie die beste Strategie mit dem Druck der Paramilitärs und der Regierung persönlich und gemeinsam umzugehen.

Solidarität

Doch nicht nur der Zusammenschluss unter den Zapatist_innen selbst, sondern auch die internationale, oder wie die Zapatistas es gelegentlich ausdrücken, die intergalaktische Öffentlichkeit und Solidarität sind die notwendige Unterstützung, um die die Compas immer wieder, auch in den Videos von San Marcos und Comandante Abel, bitten.

Während meines Einsatzes in San Marcos fand zeitgleich das „ECO MUNDIAL EN APOYO A L@S ZAPATISTAS" statt. Die Aktionswochen unter dem Motto „weltweites Echo der Unterstützung für die Zapatistas" wurden von der Otra Campaña New York initiiert. Wir erzählten den Compas, dass bereits über 25.000 Menschen ihre Videobotschaft gesehen hätten und in über 20 Ländern der Welt Unterstützungskomitees gegründet worden sein, die über die Lage in ihrer Gemeinde kontinuierlich informierten und unterschiedliche Aktionen planten.

Die Compas waren über das Ausmaß der Unterstützung total überrascht, dankten den Komitees und sagten, dass sie sich dadurch bestärkt und sicherer fühlten. Wir sahen auch gemeinsam das Soli-Video an, das auf dem 3. Rebellischen Zusammentreffen für San Marcos aufgenommen wurde. Ein Compa übersetzte den übrigen die spanischen Grüße in Tzeltal. Alle wirkten auf mich vollkommen überwältigt und das Video wurde an zwei Tagen ca. 3 Stunden in Dauerschleife gezeigt, damit alle es (mehrmals!) sehen konnten.
Ich fragte die Compas auch, welche Unterstützung sie von außen am meisten benötigen würden. Darauf sagten sie, dass es der Druck auf die Regierungen sei, per Internet und bei den Botschaften, der am meisten helfe, um die Situation in der Gemeinde zu entschärfen.

Ramona Fletcher

weitere Informationen:
www.sanmarcosberlin.blogsport.de und
sanmarcosaviles@gmail.com
(Berliner Komitee)
Sanmarcosaviles.wordpress.com
(Blog der Otra Campaña New York in 10 Sprachen)
solidaridadchiapas.wordpress.com
(Blog des Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de Las Casas in San Cristóbal, Chiapas. Dort sind die Videos der Gemeinden veröffentlicht)

Indigene blockieren größtes Windkraftprojekt Lateinamerikas

Oaxaca-Stadt, Mexiko. Ein schwelender Konflikt um Windkraftprojekte im südmexikanischen Staat Oaxaca droht weiter zu eskalieren. Seit mehreren Tagen sind die Zugänge zu einer Sandbank vor der Küste blockiert. Hunderte Anwohner_innen verhindern den Baubeginn des größten Windparks Lateinamerikas.

Dem Protest zuvorgegangen waren mehrere Übergriffe auf lokale Aktivisten der Opposition die das ökologische Gleichgewicht und die Existenzgrundlage der Fischerdörfer durch die geplanten 132 Windräder gefährdet sehen. Zudem wurden die indigenen Dörfer der Ikojts und Zapotecas weder über das Projekt der spanischen Firma Mareña Renovables informiert noch wurden sie um ihre Zustimmung gebeten.

Die Zuspitzung im Konflikt um das Projekt "San Dionisio" begann nach dem Besuch von Präsident Felipe Calderón, der am 30. Oktober 2012 Protesten zum Trotz drei andere Windparks in der Region einweihte. Tags darauf bezeugte eine Beobachtungsmission der Menschenrechtsorganisationen PBI und Codigo DH, dass die spanischen Unternehmer unter massivem Polizeischutz das Küstengebiet mit Baugerät betraten. Am 1. November schließlich räumten Polizeieinheiten einen Kontrollposten der Windparkgegner im Ort Álvaro Obregón. Am 2. November verhafteten sie willkürlich neun Anwohner_innen, darunter zwei Frauen.

Auf die Frage, warum sie gegen die Großprojekte der Windkraft in Oaxaca seien, antwortete die zapotekische Menschenrechtlerin Bettina Cruz anlässlich des 5. Forums der Zivilgesellschaft EU-Mexiko in Brüssel: „Wir sehen diese Projekte als eine neo-koloniale Invasion, denn die europäischen Unternehmen kommen hierher, als ob dies ein leeres Territorium sei. Aber hier leben viele indigene Bevölkerungsgruppen und wir sind die Besitzer_innen dieses Territoriums, das von der Fischerei und der Landwirtschaft lebt“.

Auf dem Forum kritisierten die 26 mexikanischen Organisationen, darunter zahlreiche Gewerkschaften, die „gravierenden Auswirkungen“ auf die Gemeinden durch den Freihandelsvertrag EU-Mexiko und die damit verbundenen Investitionen. Sie forderten die EU auf, das Vorgehen europäischer Konzerne stärker zu beobachten.

Philipp Gerber – www.amerika21.de
5.11.2012

Mexikos Polizei schießt mit deutschen MGs auf Pilgerer

Acapulco, Mexiko. Mexikanische Polizisten haben am Mittwoch im Stadtzentrum von Acapulco im Bundestaat Guerrero drei Personen verletzt, als sie das Feuer auf eine religiöse Prozession eröffneten. In der TV-Berichterstattung über den Vorfall sind auch G-36-Gewehre aus dem Hause Heckler & Koch zu sehen, die von den Polizisten verwendet werden, obwohl die deutschen Behörden der Waffenfirma die Ausfuhr in einige konfliktive mexikanische Bundesstaaten, darunter Guerrero, verboten hatten.

Auslöser des Vorfalls in Acapulco, war der Versuch der Polizei, anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Jungfrau Guadalupe, der Schutzheiligen Mexikos, die Zündung von Feuerwerk zu verhindern. Das Abfeuern von Knallern ist in Mexiko fester Bestandteil jedes religiösen Festes. Das Handgemenge und die darauf folgenden Schüsse der Polizei lösten eine Massenpanik unter den Gläubigen aus. Der neue Stadtpräsident Acapulcos, Luis Walton von der linken Partei Movimiento Ciudadano, verkündete eine Untersuchung des Vorfalls und die Suspendierung mehrerer Polizisten.

Der Vorfall ereignete sich just ein Jahr nach den tödlichen Schüssen auf Studierende: Am 12. Dezember 2011 eröffneten mehrere Polizisten das Feuer auf eine Blockade der Studenten einer Pädagogikschule. Zwei Zwanzigjährige starben, ein Student leidet an bleibenden Schäden, weitere Jugendliche wurden gefoltert. Bei dieser Polizeiaktion in Chilpancingo, der Hauptstadt Guerreros, waren gemäß El País ebenfalls H&K-Gewehre im Einsatz. Ein Jahr später ist noch niemand für den Doppelmord verurteilt, vier Polizisten warten auf ihren Prozess.

Philipp Gerber – www.amerika21.de
15.12.2012



Deutsche Waffen in den Händen der mexikanischen Staatsmacht: Hier G-36 Sturmgewehre der Firma Heckler und Koch auf dem Zocalo von Mexiko-Stadt. Foto: L.Kerkeling

Wir sehen, dass wir voran kommen

Aktivist_innen vom zapatistischen Radio Insurgente führten 2011 zahlreiche Interviews mit zapatistischen Frauen und Männern aus den zivilen Unterstützungsgemeinden, aus der zapatistischen Armee und von der Kommandantur der EZLN. Im ersten Teil kommen Menschen der zivilen Basis der EZLN zu Wort. Fortsetzung folgt. Die Redaktion.



I. Nicht mehr für den Gutsbesitzer schuften

Interview mit Mario (Ejido Arbolito, Caracol La Garrucha)

Compañero Mario, die erste Frage ist: Wie habt Ihr gelebt, bevor Ihr die Organisation (die EZLN - Anm.d. Übs.) kanntet?

Also, wir haben also ziemlich beschissen gelebt, als wir die Organisation noch nicht kannten. Damals gab es viele Krankheiten wie Durchfall, Fieber und Erbrechen. So haben wir gelebt. Und es gab fast nichts zu essen, weil wir kein Land zum Bearbeiten hatten. Die Gutsbesitzer lebten auf gutem Boden, in den Ebenen, aber wir lebten an den Hügeln. Wir konnten uns keine Medizin leisten, weil die Gutsbesitzer uns sehr wenig bezahlt haben. Das hat uns fertig gemacht. Also ich hab es damals noch gesehen, weil ich tatsächlich auf dem Gut gearbeitet habe, es gab oft nur fünf Pesos. Das reichte nicht, um Essen zu kaufen oder Seife, Salz und Medizin.

Wenn wir zum Gutsbesitzer gegangen sind, um Arbeit zu bekommen, bot er uns Alkohol an, damit wir mehr Schulden machten, anstatt dass er uns mit Geld bezahlt hätte. Jedes mal, wenn Du hingegangen bist, um nach Geld zu fragen um etwas zu kaufen, bot er Dir Alkohol an, weil sie das herstellen, die scheiß Gutsbesitzer.



Er sah uns wie ein Tier, wenn Du da hinkamst, wollte er praktisch nicht mit Dir reden. Wenn Du da hingegangen bist, um anzubieten zu arbeiten und was zu machen, dann fing er an Dir Sachen an den Kopf zu werfen: dass nein, dass wir Faulenzer sind und so weiter. Wenn Du dort spazieren gegangen bist, auf dem Gut von diesem scheiß Gutsbesitzer, dann schickte er Dir eine Ladung Blei hinterher, auch wenn er halt nicht auf Dich zielte, es erschreckt Dich. So war damals.

Gut compañero Mario, wie war das Leben, nachdem ihr die Organisation dann kennengelernt habt?

Nachdem wir die Organisation bereits kennengelernt hatten, hat sich Schritt für Schritt etwas verändert. Wir erzählten beziehungsweise wir hörten, was mit unseren Eltern und Großeltern passiert war. Das hat uns ziemlich erschüttert. Es wurde klar, dass wir uns organisieren müssen, dass wir kämpfen müssen, dass wir unser Recht verteidigen müssen. Also haben wir angefangen mit anderen Dörfern darüber zu reden und haben auch angefangen, die compañeros als Unterstützungsbasen zu organisieren. Wir begannen zu sagen, dass es notwendig ist eine gemeinschaftliche Arbeit anzufangen, ein Mais- und Bohnenkollektiv, und auch Gemüse, all das haben wir bearbeitet.

Daneben haben wir laufend Versammlungen und Besprechungen gemacht. Wir haben informiert, was die schlechte Regierung getan hat. Und die compañeros vom Dorf haben in dem Moment, als wir angefangen haben, über diese Sachen zu sprechen, gesagt, dass ja, dass wir das so machen und wir uns so organisieren werden, um unser Recht zu verteidigen. Also hat sich da was geändert. Als es unsere Organisation noch nicht gab, waren die Leute praktisch getrennt, jeder einzeln an seinem Ort, aber mit dieser Organisation kamen wir irgendwie ein bisschen besser voran, auch mit unserer eigenen Arbeit.

Gut compañero Mario, also die dritte Frage ist dann: Wie lebt ihr heute?

Wir sehen, dass wir voran kommen, wir bereiten unsere Autonomie vor. Wir haben angefangen, uns zu organisieren, die Autoritäten zu ernennen und unsere eigenen Verantwortlichen auszubilden. Zum Beispiel gibt es in den autonomen Landkreisen die Autoritäten, damit sie nach den Problemen schauen. Als es noch keine eigenen Autoritäten gab, die sich um die Justiz gekümmert haben, haben wir sehr unter der Ungerechtigkeit der schlechten Regierung gelitten. Wir haben also die autonomen Landkreise gebildet und auch den Rat der Guten Regierung.

Und so kamen immer mehr Leute, um ihre Probleme zu lösen, denn wir machen es nicht so, wie die schlechte Regierung es macht, die Geld verlangt und dann nichts unternimmt. Wir haben hier nun Schritt für Schritt unsere Verantwortlichen ausgebildet, auch für Bildung und Gesundheit. Jetzt haben wir auch in jeder Gemeinde die Möglichkeit, die Kranken zur Versorgung wegzubringen.

II. Die Angst und die Scham ablegen

Judith (Gemeinde Babilonia, Caracol Morelia)

Compañera Judith, wie habt Ihr gelebt, bevor Ihr die Organisation kennengelernt habt?

In unserem Leben haben wir von Geburt an gelitten. Wir wurden nicht geachtet, weil wir Mädchen waren, wir wurden nicht beachtet, weil wir nichts wert waren, weil sie sagten, dass wir nicht denken können, dass wir nichts einschätzen können. Weil sie es uns schon seit unseren Großeltern so beibringen, dass sich die Frau nur ums Haus kümmert, Feuerholz schleppt, Tortillas macht, die Kleider wäscht, Wasser holt, die Tiere versorgt, nach den Kindern sieht und sich um ihrem Mann kümmert. Jeden Tag standen wir früh auf, um diese ganze Arbeit zu machen. Wir hatten nie die Möglichkeit zur Schule zu gehen, weil sie uns sagen, wir hätten kein Recht, wir lernten nur die Arbeiten wie sie unsere Mütter machten.

Deshalb können viele von uns Frauen weder lesen noch schreiben, wir waren von der Bildung schon immer ausgeschlossen, wir hatten auch nie die Möglichkeit, dass uns jemand ins Krankenhaus bringt, wenn wir krank sind. Viele Frauen und Kinder starben an heilbaren Krankheiten und bei der Geburt, weil es keine Medizin gab, obwohl es Krankenhäuser gab, sie achten uns nicht, einfach nur weil wir arm sind, weil wir Indigene sind, weil wir kein gutes Spanisch sprechen, weil wir auf unserer Muttersprache sprechen.

Und auch unter dem niedrigen Preis unserer Produkte haben wir gelitten. Sie gaben uns nur einen niedrigen Preis, wollten uns nicht bezahlen. Sie gaben uns den Preis vor, weil wir nicht wussten, wie wir sprechen können, um Einspruch zu erheben. So haben sie uns betrogen, haben lange Zeit unsere Produkte geklaut. So wurden wir gedemütigt und haben immer gedacht, dass wir als Frauen nichts wert sind.

Gut compañera Judith, als nächste Frage: Wie war das Leben, nachdem Ihr die Organisation dann kennengelernt habt?

Für uns war es sehr schwierig, uns selbst zu überzeugen, die Frauen zu überzeugen, weil sie an das Leben in und um das Haus gewohnt sind. Die Mütter haben uns anfangs immer gesagt, dass wir nicht rausgehen und alleine herumlaufen oder mit den compañeros sprechen sollten. Und auch in unserer Familie haben wir viel gelitten. Und im Dorf sahen sie uns als schlecht an, weil sie nicht gewohnt waren eine Frau zu sehen, die vor vielen Leuten spricht.

Danach verstanden die Frauen, dass sie sehr wohl das Recht haben, zu sprechen und ihre Meinung einzubringen, so wie die Männer. Und so wurden die Frauen langsam überzeugt, eine nach der anderen verlor die Angst und die Scham, die wir hatten. Und wir organisierten kleine Versammlungen und die kollektiven Arbeiten, bei denen es um die Gemeinschaftlichkeit und Einheit geht.

Gut compañera. Die nächste Frage ist, wie lebt ihr heute?

Jetzt leben wir schon ein bisschen besser, weil wir jetzt schon gelernt haben, uns als Frauen mehr wertzuschätzen, mittlerweile ist es schon anders als vorher. Inzwischen haben wir gelernt uns wertzuschätzen, zu sprechen, zuzuhören, uns aufzuopfern, unsere Zeit zu geben und zu diskutieren. Wir haben gelernt im Kollektiv zu arbeiten, wir haben gelernt, das Wenige, das wir haben, zu verwalten, wir haben mittlerweile ein bisschen Lesen und Schreiben gelernt. Dabei unterstützt immer jeweils die Eine die Andere.

Mittlerweile verstehen wir uns mit unseren compañeros. Wir unterstützen uns immer gegenseitig, um die Arbeiten des Kampfes zu erledigen.

Unsere Gesundheitspromotoren sprechen mit uns immer über Vorbeugung, erste Hilfe, Krankheiten, die heilbar sind, wie wir auf unsere Kinder aufpassen und wie wir auf uns als Frauen aufpassen können. All das machen sie für unsere Gesundheit, sie präparieren Tinkturen, medizinische Pflanzen, sie geben sich jede Mühe mit dem Wenigen, das sie wissen.

Die Jungs und Mädchen gehen in die Schule, in jedem Dorf gibt es lokale Lehrer und Lehrerinnen, die den Unterricht in ihrer eigenen Sprache geben und ein bisschen auf Spanisch.

Es gibt neue Generationen von jungen Männern und Frauen, die heute Verantwortlichen in den Landkreisen und in den Räten der Guten Regierung sind. Auch in anderen Arbeiten übernehmen sie ihre Verantwortung.Wir sind auch noch da, aber wir möchten, dass die Jugendlichen ihre Verantworung übernehmen, um unseren Kampf voranzubringen.

Quelle: Revista Rebeldía Nr. 75
zusammenfassende Übersetzung: Tobi & Lucio
alle Fotos: Revista Rebeldía



Langsam gehen, um weit zu kommen

Ein Interview mit Armin Titze, Lehmbauer und Aktivist im Ya-Basta-Netz, über libertäre Organisierungsprozesse und das 3. Rebellische Zusammentreffen 2012 im Wendland.



Ein Camp mit einer großen thematischen Vielfalt und einer warmen Atmosphäre. Impression vom Dritten Rebellischen Zusammentreffen.

Was und wer ist das Ya-Basta-Netz?

Armin Titze: Wir nennen das Ya-Basta-Netz ein Netzwerk für Solidarität und Rebellion. Es ist ein Netz der Freundschaften und Widerständigkeiten. Am Anfang dieser Vernetzung stand das I. Intergalaktische Treffen 1996 in Chiapas, bei dem 3.000 Menschen aus aller Welt zusammengekommen sind. Aus der Vor- und Nachbereitung dieses Treffens ist hierzulande das Ya-Basta-Netz entstanden. Es hat über die Jahre eine wechselvolle Geschichte erlebt, war aber immer ein politisches Zuhause für viele Menschen. Zur Zeit sind ungefähr 90 Gruppen und Einzelpersonen in unserem Netz organisiert. Wir agieren selten als Netz. Wir verstehen es mehr als ein Myzel, ein Wurzelgeflecht, das unter der Erde wächst und Fruchtkörper ausbildet, die dann und wann und an verschiedenen Orten an der Oberfläche sichtbar werden. Es entstehen Wohnprojekte, Genossenschaften, Bücher und Filme.

Wir sind manchmal gemeinsam sichtbar, zum Beispiel auf der EXPO 2000 oder beim Ya-Basta-Barrio bei den Anti-G8-Protesten in Heiligendamm 2007. Und auf unseren Treffen, die alle drei Monate stattfinden. Die Treffen sind eigentlich öffentlich, wir machen aber keine Werbung dafür. Bei Soli-Aktionen für Menschen in Chiapas treten wir auch als Netz auf. Wir sind da schon bekannt und werden als Netz besser wahrgenommen als Einzelgruppen.

Viele von uns sind seit Jahrzehnten in der autonomen Bewegung aktiv. Wir kämpfen an verschiedenen Orten und mit den verschiedenen Mitteln und keineR wird blöd angemacht. Wir respektieren und schätzen uns gegenseitig und ich behaupte mal, dass im Ya-Basta-Netz schon heute eine Welt der vielen Welten existiert.

Welche Ideen stehen hinter der Organisation des Rebellischen Zusammentreffens? Ihr betont ja, dass es nicht nur um Kritik und „Antis" geht, sondern auch um den Aufbau von Alternativen ...

Auf jeden Fall müssen wir die Welt neu erschaffen. Dafür brauchen wir viele und vielfältige Experimente. Projekte, in denen wir unsere Vorstellungen einer solidarischen Welt erlernen, erproben, verwerfen, weiterentwickeln und reifen lassen. Wir müssen noch eine ganze Menge lernen. Damit meine ich jetzt nicht nur praktische Fähigkeiten. Es gibt auch eine Menge Bretter vorm Kopf zum Durchbohren. Als Netz haben wir uns die Verbreitung zapatistischer Politikansätze vorgenommen. Das sind keine aus der Ferne importierten Prinzipien, sondern welche, die es in allen Gegenden der Welt schon lange gibt. Selbstorganisierung hat auch hier eine lange Tradition. Die Konsequenz, mit der die Zapatistas das betreiben, ist aber schon ziemlich einzigartig und beeindruckend. Sie hat uns Mut gemacht und inspiriert uns. Ein wesentlicher Punkt ist das Zusammenkommen, das Reden und Zuhören. Das Entwickeln von gemeinsamen Ideen und Ausprobieren neuer Wege. Wir leben hier nicht in einem befreiten Gebiet, sondern verstreut und zum Teil auch vereinzelt.

Unsere Rebellischen Treffen bieten Raum für verschiedene Intentionen. Es gibt keine dogmatische Vorgabe. Ich weiß auch, dass schon allein innerhalb des Netzes ganz verschiedene Intentionen da sind. Manche kommen, um eine Woche Urlaub zu machen, Kraft zu tanken, sich Mut und Hoffnung machen zu lassen und das entspannte selbstorganisierte Leben zu genießen. Andere wollen Erfahrungen austauschen, ihre eigenen Wege reflektieren oder Mitstreiter_innen für ihr Projekt finden. Wir bringen unsere Ideen und Fähigkeiten mit, um sie mit anderen zu teilen.

Wo siehst Du Probleme? Ist das Treffen nur eines von vielen linken Sommercamps ohne kontinuierliche Prozesse im Nachfeld?

Für mich ist das Rebellische ein besonderes Treffen. Aber das liegt an der Betrachtung von innen. Für mich war es ein Wegpunkt in der kontinuierlichen Arbeit des Netzes und ich bin mir sicher, dass dieser Prozess noch viele Jahre weiter geht. Ich hoffe, wir können mit unserer Kontinuität anderen Menschen Mut machen. Zeigen, dass es sich lohnt langfristig zu arbeiten. Dass es Spaß macht, wir daran wachsen und es auch Erfolge gibt.

Für mich ist das Rebellische Zusammentreffen ein Camp mit großer thematischer Vielfalt, das macht es spannend und mit einer besonders herzlichen und warmen Atmosphäre. Ich sehe eine Menge Herausforderungen. Ein Punkt, wo die Kontinuität sichtbar wird, ist unsere Kampagne gegen die GIZ und deren Biopiraterie-Vorhaben in Mexiko. Sie hat viele neue Mitstreiter_innen gefunden, die weiter an der Sache arbeiten.

Kontinuität und Prozess klingt mir zu linear. Ich sehe das Ganze lieber als Puzzle. Das Rebellische war und bleibt eine Momentaufnahme beim Puzzeln. Da liegen viele komische bunte Dinger herum und manchmal finden ein paar



"Wenn Sie EineN anfassen geht uns alle das an" - Grußbotschaft vom Rebellischen Zusammentreffen an die zapatistische Gemeinde San Marcos Aviles

zusammen. Wir konnten für einen Moment im Sommer Puzzleteile zusammenbringen, die der Wind jetzt wieder auseinandergewirbelt hat. Als Teil dieses Puzzles weiß ich jetzt, dass es die anderen gibt und dass wir zusammen passen und irgendwann wieder zusammenfinden zu einem großen bunten Bild, das den grauen Tisch bedeckt.

2012 hat bereits das dritte Rebellische Zusammentreffen stattgefunden. Das Wendland, wo das Treffen stattfand, ist eine für hiesige Verhältnisse rebellische Region. Hat sich das auf das Klima und die Aktivitäten und Diskussion während des Treffens ausgewirkt?

Auf jeden Fall. Das haben schon Menschen bei der Anreise erlebt. Manche, die zum Camp getrampt sind, wurden von Wendländer_innen vor die Tür gefahren, obwohl das ein Umweg für die Fahrer_innen war. So was gibt es nicht oft. Das Treffen ist auch durch die gute Infrastruktur vor Ort erst möglich geworden und konnte so gut vorbereitet werden. Toll waren die Streifzüge durch den wendländischen Widerstand. Daraus können andere Zusammenhänge eine Menge lernen und eine Einschätzung der aktuellen Atompolitik mitnehmen. Am Sonntag haben wir das Camp vor die Tore des Atomklos verlegt, um den Betrieb zu blockieren. Es war uns wichtig zu zeigen, dass wir uns auch praktisch in den Widerstand einbringen. Es gab auf dem Camp auch viel Besuch von Leuten aus dem Wendland, die einfach mal einen Tag da verbracht haben.

Wie soll es weiter gehen im libertären Organisationsprozess für eine solidarische Gesellschaft, trotz all der autoritären, ausbeuterischen, militärischen und diskriminierenden Realitäten, mit denen wir alle konfrontiert sind? Ein Ziel der Rebellischen Zusammentreffen war ja die Vernetzung bereits existenter Projekte im Aufbau...

Du kannst ja Fragen stellen! Geduld und noch mehr Geduld! Wir werden einen langen Atem brauchen. Ob wir zu unseren Lebzeiten hier noch so etwas wie eine Revolution erleben werden, ist ja schwer vorherzusehen. Das kann schon nächstes Jahr passieren. Aber was wäre dann? Haben wir eine Ahnung oder die Fähigkeit oder einen Organisationsgrad, der uns ermöglichen würde, nicht nur alte Eliten gegen neue zu tauschen? Ich glaube nicht. Wir müssen noch sehr viel üben. Vor allem müssen wir viel deutlicher zeigen, dass mensch auch ganz anders Leben kann. Uns nicht der herrschenden Politik ausliefern. Viel mehr Widerstand im Alltag leisten. Nicht auf das Gute von oben warten. Wir sind klug genug, unser Zusammenleben selbst zu organisieren und unsere Regeln dafür selber aufzustellen. Wir sind auf einem guten Weg. Es gibt so viele Ansätze und ständig entwickeln sich neue Solidarprojekte.

Wir sollten daran arbeiten, dass die anderen Welten, die wir erschaffen, sichtbarer werden. Uns nicht verstecken, sondern offensiver mit unseren Ideen werben. Das geht immer und überall. Vor allem sollten wir uns von der Vorstellung verabschieden, dass wir den Weg kennen und nur schnell genug rennen müssen, um als erste ins Ziel zu kommen. Wir müssen langsam gehen, weil wir weit kommen wollen. Wir brauchen die Zeit, um auch die Ausbeuter, Soldaten, Sexisten und Rassisten in unseren eigenen Köpfen loszuwerden. Es muss viel gelacht werden um die Welt zu verändern, sagen die Zapatistas. Ich finde es muss auch geweint werden dürfen.

Vielen Dank für das Interview!

Interview: Luz Kerkeling

Zuerst erschienen in graswurzelrevolution 372 – www.graswurzel.net

Das Kaffeekollektiv Aroma Zapatista stellt sich vor

Selbstverwaltet, kollektiv, solidarisch

Seit Mai 2012 gibt es eine neue selbstverwaltete Genossenschaft in Hamburg, die im solidarischen Handel aktiv ist und zapatistischen Kaffee anbietet.



Wir sind ein selbstverwaltetes Arbeitskollektiv (3 Frauen und 1 Mann), das seit Ende Februar 2012 dabei ist, die Kaffeekollektiv Aroma Zapatista-Genossenschaft aufzubauen. Anfang Mai haben wir mit dem Verkauf von zapatistischem Kaffee begonnen. Unsere Motivation, das Kollektiv zu gründen, ist zum einen, durch den solidarischen Handel die zapatistischen Selbstverwaltungsstrukturen direkt zu unterstützen.

Zum anderen möchten wir selbstverwaltete Arbeitsstrukturen hier schaffen. Wir haben zuvor mehrere Jahre bei Café Libertad gearbeitet. Doch durch langandauernde Konflikte, die trotz zahlreicher Versuche nicht gelöst werden konnten, blieb letztendlich nur die Trennung im Februar 2012, bei der sechs von neun Personen gegangen sind. Zu viert machen wir mit dem neuen Kollektiv weiter.

Interne Organisation

Wir arbeiten gleichberechtigt im Kollektiv zusammen. Alle haben die gleichen Rechte und Pflichten. Auf unseren wöchentlichen Plena besprechen wir die 'To Dos' und fällen Entscheidungen im Konsens. Eine offene Kommunikation und ein respektvoller Umgang miteinander sind für uns äußerst wichtig.

Zur Zeit arbeiten wir ehrenamtlich, langfristig möchten wir bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Wenn es dann soweit ist, werden wir alle Arbeiten gleich bezahlen. Wichtig ist, dass wir nicht gewinnorientiert arbeiten. Mögliche Gewinne werden wir den gesetzlichen Rücklagen zukommen lassen, in den Aufbau des Betriebs investieren, als Unterstützungsgelder an die zapatistischen Strukturen spenden.

Unsere Kaffeepreise

Die mexikanische Regierung und die wirtschaftlichen Eliten bekämpfen die Zapatistas nicht nur mit Repression, sondern auch mit ökonomischen Strategien. Es ist bekannt, dass die Zapatistas keinerlei Finanzmittel vom mexikanischen Staat akzeptieren, da sie nicht nach "Almosen", sondern nach strukturellen antikapitalistischen Veränderungen streben. Es kommt daher immer wieder vor, dass die Regierung die wirtschaftliche Notlage von Angehörigen der Bewegung ausnutzt und die Menschen regelrecht aus dem Widerstand "herauskauft", frei nach dem Motto: "Wenn Du aufhörst, Zapatist_in zu sein, bekommst Du Baumaterial, Saatgut oder Vieh geschenkt".
Auch einige Kaffeezwischenhändler geben gerne punktuell mehr Geld aus, um die Kooperativen zu schwächen, damit ihnen die Menschen schnell den Kaffee an der Haustür verkaufen, anstatt ihn auf teure oder anstrengende Weise zur Sammelstelle der Kooperative zu transportieren. Auf diese Art und Weise wollen die "Coyoten" genannten Zwischenhändler die zapatistischen Kaffeekollektive schwächen, um in Zukunft den Kaffeepreis besser drücken zu können.

Es gibt Zapatistas, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Notlage und aufgrund der Repression die Bewegung verlassen. Wir finden es wichtig, den Zapatistas zu zeigen, dass sie sich auf unsere und die Solidarität der Käufer_innen verlassen können und die Kooperativen nicht zusätzlich in finanzielle Schwierigkeiten aufgrund eines gefallenen Kaffeeweltmarktpreises kommen.

Wir möchten, dass sich die Kooperativen einen Preis bekommen, der stabil ist und mit dem sie planen können. Für die Ernte 2011/2012 haben wir trotz gesunkener Kaffeepreise den gleichen Preis wie im Vorjahr gezahlt. Fast alle europäischen Gruppen, die zapatistischen Rohkaffee importieren, haben dieses Niveau beibehalten und werden die Preise, wie wir, auch für die kommende Ernte 2012/2013 nicht senken.

Es gilt dabei zu berücksichtigen, dass sowohl die Kosten für Weiterverarbeitung und Transport des Kaffees in Chiapas, als auch die Lebenshaltungskosten der Kaffeebäuer_innen steigen. Häufig ist der Kaffeeanbau das einzige Einkommen einer Familie, von dem sie Kleidung, Arztbesuche, Schulmaterialien und anderes bezahlen muss.

Was bedeutet das für euch als Kaffeetrinker_innen: Wenn ihr Kaffeepreise vergleicht, mag es sein, dass unser Kaffee ein wenig teurer ist. Aber dafür wisst ihr, dass der Mehrpreis den Kaffeebäuer_innen zugute kommt. Eine Tasse Fuego y Palabra-Kaffee kostet zum Beispiel trotzdem nur ca. elf Cent.



Interview mit Aroma Zapatista:

Unterstützung der zapatistischen Bewegung konkret

Warum kauft ihr Kaffee von zapatistischen Kooperativen?

Aroma Zapatista: Einige von uns begleiten den Aufstand der Zapatistas schon seit vielen Jahren oder sogar von Beginn an. Zwei von uns waren mehrfach als Menschenrechtsbeobachterinnen in Chiapas und haben dort mit Organisationen zusammengearbeitet. Sie sind hier in Soligruppen, Netzwerken und in einem alternativen Bildungsverein aktiv und sind an Publikationen wie Zeitungen und Dokumentarfilmen sowie Infoveranstaltungen beteiligt. Es besteht daher schon seit langem ein direkter Bezug zu Chiapas. Wir finden die Unterstützung der zapatistischen Bewegung nach wie vor sehr wichtig. Es ist eine Bewegung, von der auch wir hier vieles lernen können. Die Zapatistas nehmen den Aufbau von selbstverwalteten Strukturen seit 1994 konkret selbst in die Hand. Es gibt mittlerweile drei zapatistische Kaffeekooperativen, die eine Exportgenehmigung haben: Ssit Lequil Lum, Yachil Xojobal Chulchán und Yochin Tayel K'inal. Alle drei Kooperativen kennen wir persönlich und von allen dreien bekommen wir Rohkaffee.

Was ist euch im Sinne des solidarischen Handels besonders wichtig?

Für uns ist ein gleichberechtigtes Miteinander und eine regelmäßige Kommunikation auf Augenhöhe mit den Kooperativen elementar. Die Idee ist, dass die Kooperativen durch den solidarischen Handel mit einem jährlichen sicheren Kaffeepreis rechnen können, was ihnen mehr Sicherheit und Planungsmöglichkeiten geben soll. Wir möchten voneinander lernen, und austauschen und gegenseitiges Zuhören.

Für uns ist es wichtig, die Kooperativen persönlich zu kennen, den Kontakt zu halten und auszubauen. Bezüglich des konkreten Handels ist für uns z.B. von Bedeutung, dass wir den Kooperativen eine Vorfinanzierung für den Kaffee zahlen, damit die anstehenden Ausgaben von der Ernte bis zur Verschiffung des Kaffees nach Hamburg bezahlt werden können.

Auch ist uns wichtig, nicht nur diejenigen Zapatistas zu unterstützen, welche die Möglichkeit haben, Kaffee anzubauen. Daher sammeln wir mit dem Verkauf jedes Päckchens Röstkaffee zusätzlich 0,45€ pro Kilo. Dieses Geld übergeben wir den Räten der Guten Regierung, die entscheiden, in welchem Bereich finanzielle Unterstützung am notwendigsten ist.

Darüber hinaus ist uns auch Infoarbeit hier vor Ort wichtig: Wir bieten Veranstaltungen an, laden Referent_innen ein und informieren über die aktuelle Situation in Chiapas.

Welche Schwierigkeiten gibt es im solidarischen Handel?

Der solidarische Handel ist natürlich nicht nur einfach und alles läuft perfekt. Wir können noch vieles voneinander lernen. Die Sprache, die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Sozialisationen können zu Missverständnissen führen. Die weiten Entfernungen und Kosten – sowohl von Deutschland nach Mexiko, aber auch in Chiapas selbst – tragen dazu bei, dass mensch sich nicht mal eben treffen kann, um dieses oder jenes zu besprechen. Veränderungen brauchen daher ihre Zeit. In Mexiko läuft nicht alles so, wie wir es von hier vielleicht gewohnt sind. Und anders herum läuft hier nicht alles so, wie die Compas in Mexiko es gewohnt sind.

Wichtig für die Soliarbeit mit den Zapatistas ist unserer Meinung, die Funktionsweise der autonomen zapatistischen Gemeinden zu kennen und anzuerkennen und der Wille, die europäische Brille abzusetzen und zu versuchen, sich in andere Lebensrealitäten hineinzuversetzen.

Was habt ihr für Zukunftspläne?

Wir haben viele Ideen für die Zukunft. So wollen wir zukünftig gerne weitere Produkte ins Sortiment aufnehmen. Neben Kaffee gibt es jetzt schon Bücher und Filme über Lateinamerika. Zukünftig möchten wir zapatistischen Zitronengrastee importieren. Wir sind auch sehr an einer Vernetzung mit Kollektiven aus Deutschland und Europa interessiert, ebenso wie an der Aufnahme von Produkten aus umweltfreundlicher und alternativer Produktion.

Wir geben auch gerne unsere Erfahrungen an Interessierte weiter, die überlegen, ein selbstverwaltetes Arbeitskollektiv zu gründen. Wir halten den Aufbau von selbstverwalteten Arbeitsstrukturen für eine gute konkrete Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem. Wir glauben nicht daran, dass Politik oder Wirtschaft an den bestehenden Verhältnissen etwas ändern wollen oder werden. Wir meinen, dass wir den Aufbau von Alternativen selbst in die Hand nehmen sollten.

Wenn es uns finanziell möglich ist, möchten wir zukünftig emanzipatorische, linke Projekte und Aktionen hier unterstützen. Politische Arbeit, Widerstand und der Aufbau von Alternativen ist bekannterweise oft auf Geld angewiesen. Daher ist es unser Ziel, möglichst schnell viel Kaffee zu verkaufen, damit auch andere Kämpfe vom zapatistischen Aroma der Rebellion unterstützt werden können.

Gekürztes Interview aus: contraste-Ausgabe September 2012

Begleitung kann Leben schützen

Bericht eines ZeugInnenbegleiters in Guatemala

ACOGUATE begleitet sowohl ZeugInnen/ Überlebende des Genozids an den Maya in den 1980er Jahren, die sich für dessen gerichtliche und gesellschaftliche Aufarbeitung und die Bewältigung von dessen Folgen einsetzen, als auch AktivistInnen, die sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung im Zuge wirtschaftlicher Megaprojekte zur Wehr setzen.

Am 14.01.2012 endete die strafrechtliche Immunität des ehemaligen Militärdiktators Efraín Ríos Montt, in dessen Amtszeit (März 1982 – August 83) ein Großteil der Massaker fiel, die von Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre vom Militär an der unbewaffneten Zivilbevölkerung verübt wurden. Als Parlamentsabgeordneter der Partei FRG war Ríos Montt bislang vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt. Die gegen ihn eingereichte Anklage lautet auf „Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den indigenen Gemeinden des Ixil". Am 26.01.2012 fand die erste Anhörung statt. Trotz der Schwere der Anklage wurde lediglich Hausarrest statt einer Untersuchungshaft angeordnet. Seitdem versuchen seine Anwälte mittels zahlreicher Rechtseinsprüche und Verzögerungstaktiken die Eröffnung des Verfahrens zu blockieren. Auch weitere Beschuldigte, denen Urheberschaft bzw. Verantwortung für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und den Genozid vorgeworfen werden, wurden festgenommen. Auch diese versuchen, die Verfahren zu verzögern. Seit dem Amtsantritt des Ex-Generals Otto Pérez Molina als Präsident am 14.01.12, dem Verstrickung in die Massaker der 80er Jahre vorgeworfen wird, schreitet die (Re-)Militarisierung Guatemalas voran. Schwer bewaffnete, die Bevölkerung einschüchternde Soldaten auf Pickups in allen Ecken gehören zum Bild des Landes. Neue Militäreinheiten und Stützpunkte werden derzeit aufgebaut.

Verurteilung im Fall des Massakers von Plan de Sánchez

Am 20.03.12 kam es zur Verurteilung von fünf Angeklagten des Massakers von Plan de Sánchez, einer Gemeinde, die ich zusammen mit zwei ArbeitskollegInnen während meiner Einsätze in Rabinal begleitete.

Am 18.07.82 wurde ein Massaker, bei dem 268 Menschen gefoltert und ermordet wurden, verübt. Alle Verurteilten kommen aus der Nähe von Rabinal. Im Jahr 1992 klagte eine Gruppe Überlebender auf nationaler Ebene und da es dort zu keinen Fortschritten kam, klagte sie im Jahr 1996 vor dem Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Costa Rica. 2004 verurteilte dieser den guatemaltekischen Staat, stellte dessen Verantwortung für das Massaker fest und forderte ihn auf, einen Prozess vor nationalen Gerichten zu führen. Erst im August 2011 wurden fünf Beschuldigte festgenommen. Vom 14. bis zum 19.03.2012 fanden die ZeugInnenaussagen statt. Dazu reisten viele ZeugInnen aus Plan de Sánchez sowie UnterstützerInnen aus anderen Gemeinden nach Guatemala-Stadt. Die Angeklagten wurden zu je 7710 Jahren Haft verurteilt – 30 Jahre für jedeN ErmordeteN und 30 Jahre für Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Während und nach dem Prozess war die Situation in der Region angespannt, da die Täter dort z.T. einflussreiche Personen sind. Zum Glück kam es jedoch nicht zu direkten Angriffen auf die ZeugInnen und ihre UnterstützerInnen. Es ist gut möglich, dass dies mit der verstärkten Präsenz zusammenhängt, die wir während und nach der Verurteilung dort zeigten.

Rückblickende Gedanken

Für mich war es ein ganz besonderes Ereignis, da ich viele Leute aus Plan de Sánchez kenne und mir viele von dem unglaublichen Leid und Schmerz berichteten, mit dem sie noch immer leben müssen. Nach den Urteilen von Río Negro (2008), im selben „Landkreis" gelegen, sowie Dos Erres (2011/12), ist dies erst der dritte Fall, in dem zumindest die Ausführenden eines der ca. 670 während des Kriegs an der Zivilbevölkerung verübten Massaker verurteilt wurden.

Während der acht Monate meines Einsatzes bekam ich einen sehr breiten Einblick in die Gesellschaft und aktuelle politische Entwicklungen, in die Unterschiede von Stadt zu Land, lernte verschiedenste Menschen kennen und war immer nah am Leben und der gesellschaftlichen Entwicklung dran. In dieser Zeit ist einiges passiert, was als „historisch" bezeichnet werden kann. Ich habe den Beginn des Prozesses gegen Ríos Montt mitbekommen und die zweite und dritte Verurteilung von Massakern überhaupt. In einem Fall in einem Dorf, das ich selbst immer wieder besucht habe. Auch habe ich das Klima der Angst und Drohungen gegen ZeugInnen und im Land generell erlebt, den Amtsantritt und die erste, sehr beängstigende, Regierungszeit der neuen Regierung.
Das Beispiel des Urteils zum Massaker von Plan de Sánchez zeigt für mich, dass das Begleitprojekt ganz konkret Leben schützen kann und damit eine kontinuierliche Arbeit für einen sozialen Fortschritt für viele Menschen in Guatemala erst ermöglicht.

Die Menschen, die ich besuchen durfte, geben trotz des Terrors der letzten Jahrhunderte ein Beispiel von Menschlichkeit. Sie stellen sich mit einem bewundernswerten Mut gegen eine vorbestimmt scheinende Zukunft Guatemalas, in der ihre Geschichte und ihr Recht auf ein gutes und freies Leben auch weiterhin keinen Platz haben sollen und für die viele Menschen eine erneute Militärdiktatur befürchten.

Guatemala-Solidarität reloaded

Seit dem Amtsantritt der neuen Regierung sind zahlreiche negative Entwicklungen zu beobachten. So wird bspw. versucht, die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung des Genozids und die Bewältigung von dessen Folgen zu stoppen. MenschenrechtsverteidigerInnen werden kriminalisiert. Übergriffe auf diese und militärische Attacken auf unbewaffnete DemonstrantInnen hinterließen bereits mehrere Tote. Auch die Diffamierung „internationaler" UnterstützerInnen, wie z.B. der BegleiterInnen, hat ein neues Ausmaß erreicht.

Angesichts dieser Lage versucht CAREA derzeit, die Vielfalt an Gruppen und Einzelnen der politischen Guatemala-Solidarität im deutschsprachigen Raum zusammenzubringen. Wer ist wo aktiv? Welche Positionen und Ansätze gibt es? Wo bestehen Anknüpfungspunkte? Wie können wir gemeinsam mehr bewirken?

AJ
Begleiter von Sept 11 bis April 2012
Mehr zum Begleitprojekt und Guatemala unter:
https://carea-menschenrechte.de
info@carea-menschenrechte.de

ACOGUATE: http://acoguate.org/



Chixoy Staumauer, nach dem Massaker in Rio Negro an diesem Ort errichtet

Honduras, das Land in dem nichts passiert

So lautet der ironische Titel der täglichen Nachrichtensendung des Radiosender Radio Progreso. Die geringe Aufmerksamkeit die internationale Medien und die internationale Öffentlichkeit Honduras zuwenden, scheint diesen Eindruck auch zu bestätigen. Die Realität ist allerdings eine andere. Seit dem zivil-militärischen Putsch im Juni 2009 gegen den Präsidenten Manuel Zelaya ist das mittelamerikanische Land immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Stattdessen nahm die Repression gegen die Widerstandsbewegung in den letzten Jahren kontinuierlich zu und der Putsch wurde zum Dauerzustand.



In Honduras sollen zahlreiche Flüsse privatiziert für Vorteil der Transnationalen Konzernewerden. Die Bevölkerung und die Natur werden die negative Folgen davon tragen. Foto: Zwischenzeit

Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte

Dies zeigt auch der jüngst veröffentlichte Bericht der alternativen Wahrheitskommission, die den Putsch und die Menschenrechtsverletzungen seit 2009 untersuchte. Eine Vielzahl der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen gingen direkt von staatlichen Sicherheitskräften aus. Laut der Kommission setzt die Regierung des Präsidenten Porfirio Lobo, welcher durch Wahlen unter Militärbedingungen im November 2009 an die Macht kam, den Terror als Mittel zur sozialen Kontrolle ein. Das Land wird zunehmend militarisiert und die weiterhin starken sozialen Proteste werden kriminalisiert und unterdrückt. Drohungen, Übergriffe und Morde gegen politische Aktivist_innen sind in Honduras an der Tagesordnung und die Aktivitäten von Todesschwadronen und paramilitärischen Gruppen haben in den letzten Jahren stark zugenommen.

Zunahme der neoliberalen Entwicklung

Durch die ungleiche Landverteilung in Honduras, die neoliberale Politik der Regierung Lobo und deren kompromisslose Durchsetzung spitzen sich die sozialen Konflikte im Land weiter zu. So forderte alleine der Landkonflikt in der nordhonduranischen Region Bajo Aguán seit der Machtübernahme Lobos mehr als 90 Todesopfer, der Großteil davon organisierte Kleinbauern und Bäuerinnen. Die aktuelle Regierung, welche unverhüllt die Interessen der einflussreichen Unternehmerschaft vertritt, vergibt Konzessionen zum Bau von Staudämmen für ganze Flüsse an nationale und internationale Konzerne. Aktuell stehen über dreißig Prozent des honduranischen Territoriums unter Minenlizenzen. Die Spitze dieses neoliberalen Eisberges bildete der geplante Bau sogenannter Modellstädte, der letztendlich nach starken Protesten durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofes für verfassungswidrig erklärt wurde. Geplant war die unbefristete Verpachtung ganzer Landstriche an internationale Investorengruppen für die Errichtung von Stadtstaaten; mit eigener Gesetzgebung, eigenen Sicherheitskräften und einem eigenen Justizsystem, verwaltet durch ein Gremium von Investoren. Was die honduranische Regierung als eine einmalige Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen propagierte, hätte nichts anderes als den uneingeschränkten Ausverkauf des Landes und die Enteignung und Vertreibung zahlreicher Dörfer bedeutet.

Soziale Widerstandsbewegungen organisieren sich

Mit dem Putsch wurde aber auch die wirkliche Stärke der sozialen Bewegungen in Honduras sichtbar. So gründete sich als Antwort auf den Staatsstreich die Frente Nacional de Resistencia Popular FNRP, ein landesweites Bündnis aus über hundert Organisationen. Die Frente vereint dabei die unterschiedlichsten sozialen Gruppierungen und Organisationen des Landes. Indigene, Kleinbauern und Bäuerinnen, Feministische Gruppen, LGBT-Aktivist_innen, Gewerkschaften, Student_innen, Künstler_innen und viele mehr vereinen dabei ihre Erfahrungen, Kämpfe und Träume eines anderen Honduras. Ziel der Widerstandsbewegung ist die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung und eine Neugründung des Landes. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgt die Frente aktuell zwei verschiedene Strategien. Die Partei Libertad y Refundación LIBRE, die sich um den zurückgekehrten Expräsidenten Manuel Zelaya gegründet hat, versucht über die Präsidentschaftswahlen 2013 an die Macht zu gelangen. Basisorganisationen die sich im Espacio Refundacional zusammenschließen, setzen sich dagegen für eine Selbsteinberufung einer Verfassunggebenden Versammlung und eine basisdemokratische Neugründung des Landes von unten ein.

Zunahme der Gewalt im Wahljahr 2013 befürchtet

Für das Wahljahr 2013 befürchten Beobachter_innen einen erneuten Anstieg der Gewalt gegen soziale und politische Aktivist_innen in Honduras. In den letzten Wochen nahmen vor allem die Aggressionen und Morde gegen Kandidat_innen der Partei LIBRE zu, welche eine ernsthafte Bedrohung für die politische und ökonomische Elite und das vorherrschende Zweiparteiensystem darstellt. Auch die Landkonflikte und die Kämpfe gegen aufgezwungene Megaprojekte werden sich 2013 weiter zuspitzen. Dass die herrschende Oligarchie nicht freiwillig auf ihre Macht verzichten wird und dafür zu allem bereit ist, hat sich schon 2009 gezeigt. Angesichts der aktuellen Situation und den düsteren Aussichten für das kommende Jahr verweisen Vertreter_innen der Widerstandsbewegung immer wieder auf die Wichtigkeit internationaler Solidarität. Und diese ist bitter nötig, um den Kampf und die Hoffnung vieler Honduraner_innen auf eine gerechtere Gesellschaft zu unterstützen.

Johannes Schwäbl

für weitere Informationen:
http://www.hondurasdelegation.blogspot.com/
http://cadeho.blogspot.com/
http://amerika21.de/geo/honduras

Entwicklungshilfe muss sich noch mehr lohnen...



Markierungsaktion am Gebäude der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit in Bonn, 3.Oktober 2012

Seit 2010 ist die deutsche "Entwicklungshilfe" komplett privatisiert und in einem Konzern zusammengefasst. Was vorher GTZ, DED, Inwent und weltwärts waren, ist heute die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Ziel der GIZ ist laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit „die politische Gestaltungsfähigkeit der Bundesregierung zu erhöhen und Strukturen und Instrumente der technischen Zusammenarbeit zukunftsorientiert weiterzuentwickeln."

Die GIZ ist zu 100% im Besitz der Bundesregierung. Sie ist weltweit der führende Dienstleister in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung. „Als Bundesunternehmen leiten uns die Prinzipien unserer gesellschaftlichen Ordnung und die Interessen Deutschlands, und wir unterstützen insbesondere die Entwicklungspolitik der Bundesregierung" so steht es im Profil der GIZ.

In der Selbstdarstellung werden nur wenige konkrete Projekte benannt und über den grünen Klee ob ihrer Sozialverträglichkeit und Nachhaltigkeit gelobt, wie zum Beispiel die Ausbildung der afghanischen Polizei.

Wir (einige Menschen aus dem YaBAsta-Netz) sind auf das Treiben der GIZ aufmerksam gemacht worden. Es waren Menschen aus El Salvador, Guatemala, Honduras (nach dem Putsch) und Mexiko, die von den Projekten der GIZ alles andere als begeistert sind. Diese Leute haben von Vertreibungen von UreinwohnerInnen, Kleinbauernfamilien und Fischern gesprochen, zgunsten von Konzernen, die sich angeblich die nachhaltige Entwicklung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Grund für uns, die GIZ GmbH mal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Wer leitet die GIZ?

Der Vorstand der GIZ besteht aus fünf Personen. Außer ihrem Vorstandssitz in der GIZ sind alle vernetzt in den diversen deutsch-internationalen Wirtschafts- und Finanzverbänden und diversen entwicklungspolitischen Organisationen.

Sprecherin ist Tanja Gönner (CDU-Politikerin). Im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit nahm sie 2008 an der Weltklimakonferenz in Posen und 2009 an der Folgekonferenz in Kopenhagen teil.

Stellvertretender Vorstandssprecher ist Christoph Beier. Seit 2011 ist erauf diesem Posten und als Chief Operating Officer (COO) seit 2012 verantwortlicher Vorstand für die vier Regionalbereiche der GIZ sowie die Geschäftseinheiten Migration, Globale Partnerschaften und entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe (ENÜH)/ UNHCR.

Der Dritte im Bunde ist Tom Paetz. Im Januar 2010 wurde er vom Bundesminister Dirk Niebel mit der Strukturreform der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ betraut. Ein Bestandteil dieser Reform war die Fusion von GTZ, DED und Inwent zur GIZ. Seit Januar 2011 ist Tom Paetz Vorstandsmitglied der GIZ. Er ist u.a. Mitglied des Arbeitskreises liberale Entwicklungspolitik.

Weiter geht es mit Hans-Joachim Preuß. In der GTZ gehörte er 1994 bis 1996 der Stabsstelle Unternehmensentwicklung an. Er ist u.a. Mitglied des Vorstands des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, Beiratsmitglied der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik.

Und last but not least Cornelia Richter: 1980 war sie Referentin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Referat Planung und Forschung. Nach zwei Jahren wechselte sie in das Referat für multilaterale Fragen UNCTAD, GATT, UNIDO. Sie ist u.a. Mitglied im Verwaltungsrat der sequa gGmbH.

Die sequa gGmbH? Wer ist das denn?

Sie gehört zu 51% dem Bundesverband deutscher Arbeitgeber, dem Bundesverband deutscher Industrie, dem deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Zentralverband des Handwerks. 49% gehören der GIZ, also dem deutschen Staat. Somit bündeln sich hier sowohl Know-How als auch Interessen der deutschen Wirtschaft und der Politik.

"Die GIZ arbeitet ... schon seit Jahren eng mit der Durchführungsorganisation der verfassten Wirtschaft, sequa gGmbH, zusammen. Das stellt sicher, dass das Know-how der Wirtschaft und der Entwicklungszusammenarbeit zugunsten der Partner vor Ort optimal gebündelt wird. Ziel von sequa ist, die Rahmenbedingungen des Privatsektors im Ausland und damit die Lebens- und Arbeitsbedingungen möglichst vieler Menschen zu verbessern."

Die GIZ vergibt Aufträge zur Evaluierung und Durchführung ihrer Projekte an unterschiedliche Firmen, hauptsächlich ohne Ausschreibung oder Wettbewerb. Das geschieht in der Regel mit Hilfe der sequa.

Ende des Jahres 2011 erreichte uns ein Schreiben der Repräsentanten der Vereinigung der traditionellen indigenen Ärzt_innen und Hebammen für die allgemeine Gesundheit in Chiapas, COMPITSCCH. Sie machten uns auf ein Projekt der GIZ im Lakandonischen Urwald zum Schutz der Biodiversität aufmerksam. COMPITSCCH geht davon aus, dass es sich um ein strategisches Geschäft handelt, von dem nur Deutschland als rohstoffarmes, aber hoch entwickeltes Land und seine (Pharma-)Industrie profitieren. Die Vorbereitung für dieses Geschäft läuft seit 2004, als 150.000 Hektar Land im Biosphärenreservat Calakmul enteignet und die Menschen umgesiedelt wurden. Obwohl die BRD sich immer auf das Nagoyaprotokoll bezieht, das besagt, dass die Bevölkerung in den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden muss, ist das in Mexiko nicht geschehen.

Der genaue Inhalt der Verträge ist uns bisher nicht bekannt. Es gibt aber zahlreiche Belege für die geplante Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Mexiko, die die Aussagen von COMPITSCCH stützen. So hat SERMANAT (mexik. Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen) am 30.8.2011 die geplante Zusammenarbeit mit der GIZ bekanntgegeben. Es sollen "notwendige institutionelle Rahmen sowie legale und administrative Prozesse geschaffen werden, welche die Sicherung der indigenen Territorien, den Zugang zu den genetischen Ressourcen und die gerechte Verteilung ihrer Nutzung sicherstellen"

Das betrifft auch die Gebiete der zapatistischen Bewegung, die sich autonom und basisdemokratisch selbstverwaltet und mit Sicherheit keinen Eingriff von außen in ihre Strukturen dulden wird. Das Projekt ist auf fünf Jahre angelegt und wird von der BRD mit sechs Millionen Euro unterstützt. Neben den Urwaldgebieten Calakmul und Selva Lakandona investiert die BRD in 5 weiteren mexikanischen Bundesstaaten, z.B. In Baja California im Bereich Aquakultur.

Zur Absicherung der Pläne wurde im November 2011 ein Abkommen zwischen der BRD und Mexiko über die Ausbildung und Ausrüstung von Polizei und Militär geschlossen. Mexiko ist ein Land, in dem Polizei, Militär und Regierung in den tobenden angeblichen Drogenkrieg verwickelt sind. Zehntausende Menschen mussten bisher ihr Leben lassen, sind verschwunden oder werden bedroht. Das trifft vor allem die Armen und Menschen, die sich organisieren, z.B. Studierende, Umweltgruppen oder Pfarrer, Ärzt_innen Menschenrechtsaktivit_innen und Straßenkinder.

Seit Mitte diesen Jahres sind zwei zapatistische Gemeinden von Paramilitärs vertrieben worden, zwei weitere sind von der Räumung bedroht, ebenso Gemeinden, die solidarisch mit den Zapatistas sind, wie die Las Abejas in Acteal.

Seit 1994 sind wir solidarisch mit den Zapatistas. Wir teilen ihr Politikverständnis und versuchen uns auf die europäische Szene an die Bewegung anzuschließen. Die Tatsache, dass die GIZ jetzt Zugriff zu den genetischen Ressourcen der Selva bekommen will, um sie – wie COMPITSCCH befürchtet – zu patentieren, macht es noch mal notwendiger - und auch praktisch umsetzbar - hier aktiv zu werden.

YA BASTA NETZ
ya-basta-netz.de.vu

Desinformémonos hermanxs
hasta que el cuerpo aguante
y cuando ya no aguante
entonces decidámonos,
carajo decidámonos
y revolucionémonos.
Mario Bennedeti

Foto: Simona Granati / desInformémonos. Periodismo de abajo.

Desinformieren wir uns,
Brüder und Scwestern,
solange der Körper es aushält;
und wenn er es nicht mehr aushält,
dann lass uns die Entscheidung treffen,
endlich die Entscheidung treffen
und uns revolutionieren.
Mario Bennedeti

Die graue Ökonomie, als grüne verkleidet? Nein, danke.

Vom Forum der indigenen Völker über den Klimawandel

„Seit Jahrzehnten warnen die indigenen Völker, dass der Klimawandel den Bruch der harmonischen Beziehungen zwischen den Menschen und der Mutter Erde bestätigt und die Zukunft der Menschheit gefährdet. Es ist ein komplettes Zivilisationsmodell, das sich in einer Krise befindet, welches vor 500 Jahren mit der Plünderung der Natur angefangen hat, zum Nutzen derjenigen, die das Kapital akkumulieren. Die Alternative ist, das System zu ändern, nicht das Klima, indem wir ein neues Zivilisationsparadigma entwickeln, für das Gute Leben, in Harmonie zwischen den Völkern und der Mutter Erde".

2 Dezember 2011 Durban, Südafrika.
Deklaration des Forums der indigenen Völker über den Klimawandel



Zeichnung: Vladimir Druzhinin

Die 17. Konferenz der beteiligten Organisationen (COP 17) der Konvention der UNO über Klimawandel fand vom 28.11 bis 9.12. 2011 im Durban, Südafrika statt. Die Bedeutung dieser Gipfelkonferenz von etwa 200 Ländern wird für die internationalen Klimaverhandlungen als wichtig betrachtet. Einerseits, weil das Kioto Protokoll Ende 2012 ausläuft, anderseits weil wir uns auf globaler Ebene im Notzustand befinden: 2010 haben wir laut Studien der UNO und anderen internationalen Organisationen das historische Maximum des CO_2-Ausstoßes und des Treibhauseffekts erreicht.

Das indigene Forum über den Klimawandel hat als alternative Gipfelkonferenz indigene und soziale Organisationen aus allen Ecken der Welt zusammengeführt: Darunter die ALBA (Bolivarische Allianz für die Völker Amerikas), Repräsentanten der Gruppe der 77 (G-77), die sich 1964 gründete und zur Zeit 131 Länder umfasst, darunter diverse afrikanische Organisationen.

Für das Forum ist der über Jahrhunderte unter verschiedenen Namen entwickelte Kapitalismus die eigentliche strukturelle Ursache der vielfältigen Krisen, mit allen seinen klassischen und erneuerten Formen der Herrschaft, die den Reichtum konzentrieren und somit soziale Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, Gewalt gegen die Völker und Kriminalisierung der engagierten Menschen hervorrufen. Das jetzige System- durch die großen transnationalen Unternehmen, die Finanzmärkte und die Regierungen, die das Ganze aufrecht erhalten- verursacht und vertieft die globale Klimakrise, den Hunger und die Unterernährung auf der Welt, den Verlust der Wälder und der biologischen und sozio-kulturellen Vielfalt, die Trinkwasserknappheit, der Wüstenbildung in vielen Gegenden, die Vergiftung der Meere, den Landraub und die Kommerzialisierung aller Aspekte des Lebens in den Städten und auf dem Land.

Erklärung gegen die COP17. Zentrale Punkte:

Die Neue Grüne Ökonomie (New green economy): Dieses ökonomische Modell beinhaltet die Unterwerfung aller Lebenszyklen der Natur unter die Regeln des Marktes. Dies geschieht durch Privatisierung und Kommerzialisierung der Natur, ihrer Funktionsweisen und des traditionellen Wissens der Urvölker. Die spekulativen Finanzmärkte erschließen sich so neue Geschäftsbereiche wie den Emissionshandel, Umweltdienstleistungen oder den Mechanismus REDD+[1].

Gentechnik, Agrochemikalien, Agrokraftstoffe, Nanotechnologie, synthetische Biologie, künstliches Leben, Geoengineering oder nukleare Energie werden uns als "technische Lösungen" für die natürlichen Grenzen des Planeten und der multiplen Krisen vorgestellt, ohne Bekämpfung der wirklichen Ursachen dieser Krisen. Diese neuen technologischen Entwicklungen sind schlicht und ergreifend ein Arm des globalen Marktes, zum Nutzen der transnationalen Konzerne.

Deshalb kommen die Kritik am Monopol der Patente, die Umweltprüfung sowie die soziale und kulturelle Evaluierung von Technologien in den Ergebnissen von Durban nicht vor. Der Ausbau der industriellen Agrar- und Lebensmittelwirtschaft - eine der Hauptursachen des Klimawandels und der Erhöhung des Hungers auf der Welt- wird zum Vorteil der Interessen der Agrarindustrie Konzerne gefördert, was die Zerstörung der Natur, der lokalen Produktion indigener und traditioneller Bevölkerungsgruppen bedeutet, mit starken Auswirkungen auf alle Bevölkerungsgruppen der Welt.

[1] Reduzierung der Emissionen durch vermiedene Entwaldung und Schädigung von Wäldern

Klima-Schuld: Die entwickelten Länder sind auf Kosten des Planeten und der Zukunft der Völker reich geworden, durch das Fördern von Kohle oder Erdöl. Sie müssen ihre historische Verantwortung in all ihren Dimensionen annehmen, durch das Zahlen von Verlusten und Schäden, durch die drastische Reduzierung ihrer Emissionen jetzt und durch die finanzielle Unterstützung für die Länder des Südens in Richtung einer sauberen Energiewende. Aber der Prozess sollte nicht nur finanzielle Entschädigung beinhalten, sondern eine Gerechtigkeit wiederherstellen, die als eine umfassende Rückkehr zu Mutter Erde und all ihren Lebewesen verstanden werden soll.

Die Herausforderung

Aufgrund der Anerkennung der Tragweite der aktuellen Situation auf globaler Ebene sehen wir, dass es wichtig und dringend ist, mit dem Widerstand voranzukommen und in Richtung von Vorschlägen und Handeln zu bewegen, wie das Beispiel des zapatistischen Kampfes gezeigt hat. Deshalb fand vom 17. - 19.8.2012 die "Internationale Konferenz der Indigenen Völker für nachhaltige Entwicklung und Selbstbestimmung", in Rio de Janeiro, Brasilien statt, als alternative Konferenz zur UN-Konferenz Rio+20. Dafür haben die indigenen Organisationen der An-

den, repräsentiert durch die CAOI, in Cochabamba, Bolivien, ihre Positionierung gegenüber der Río+20 geschrieben: „Für ein neues Zivilisationsparadigma: Gut leben in Harmonie mit der Mutter Erde, um das Leben zu schützen“. Einige der Punkte, die erhoben wurden, sind:

Kultur als grundlegende Dimension der nachhaltigen Entwicklung

Als indigene Völker sind für uns unsere grundlegenden kulturellen Glaubenssysteme notwendig. Unsere Weltanschauungen basieren auf unserer heiligen Beziehung zur Mutter Erde. Das ist, was unsere Existenz über die Jahrhunderte ermöglicht hat. Das Überleben der indigenen Völker hängt von der Unterstützung unserer Kulturen ab, die uns die materielle, soziale und spirituelle Kraft geben.

Vollständige Ausübung unserer Menschen- und Kollektivrechte

Die Menschenrechte, die UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker, die Konvention 169 der ILO, die Rechtsprechung des internationalen Organismen und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt sollen als Rechtsstandards für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden. Die vorherige, freie und informierte Zustimmung der Völker soll der Standard sein, der in allen Angelegenheiten, die indigene Völker betreffen, genutzt wird. Die Annahme einer universellen Erklärung der Rechte der Mutter Erde, und die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofs für Klimagerechtigkeit, soll uns helfen, über das menschzentrierte aktuelle Modell unserer Gesellschaft hinauszugehen.

Stärkung der lokalen Ökonomien und territorielle Planung

Für indigene Völker ist Selbstbestimmung die Basis des Guten Lebens, und dieses wird durch sichere Landrechte, die territoriale Planung und den gemeinschaftlichen Ausbau lebensnaher Ökonomien ermöglicht. Diese Art von Ökonomie bringt eine kommunale nachhaltige Selbstverwaltung und Solidarität als notwendige Faktoren für die Transformation in die Gemeinschaft. Deswegen verteidigen und verstärken wir unsere traditionellen Ökonomien weiterhin. Dafür definieren und implementieren wir auf der Grundlage unserer traditionellen Kulturen, Wissen und Praktiken unsere eigenen Prioritäten für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung sowie für den Umweltschutz.

Indigene Frauen

Wir werden die Vision und die Beteiligung der indigenen Frauen in allen Bereichen der Diskussion integrieren. Wir erkennen die Frau als Lebensspenderin, Vermittlerin der traditionelle Weisheit und Eckstein für die Erhaltung der Ernährungssouveränität. Dafür werden wir unsere Institutionen und Verfahren für das Weitergeben unseres traditionellen Wissens und Praktiken beleben, verstärken und kräftigen, die sich durch die orale Übertragung von unseren Frauen und Ältesten an die nächste Generation ermöglichen.

Saatgut

Wir werden den Austausch von Wissen und Produkten zwischen unseren Gemeinschaften und Völkern wieder herstellen, und Saatgut austauschen, um die genetische Integrität unserer biologischen Vielfalt zu stärken. Über 100 Organisationen aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, El Salvador, Mexiko, Paraguay, Uruguay und Venezuela setzten sich mit dieser Herausforderung auseinander. Dafür fand das erste internationale Treffen „Beschützer des Saatguts“, vom 26. - 29.10.2012 in Monte Carmelo, Venezuela statt.

Kommunikation

Wir halten es für notwendig, die Vernetzung zwischen Volksbewegungen aus allen Regionen der Welt zu erweitern, um das Projekt der „Grünen Ökonomie“ zu konfrontieren und zu stoppen. Diese große Allianz sollte auf der Solidarität zwischen den Völkern der Erde basieren, und wir glauben, dass die sozialen Sektoren, in den Industrieländern eine entscheidende Rolle in diesem Prozess spielen. Die alternative Gipfelkonferenz "Die Zeit der Völker" in Cadiz, Spanien während des Iberoamerika-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im November 2012 ist einer der Schritte, die in dieser Richtung getan wurden.

Wir erklären uns solidarisch mit der internationalen Gemeinschaft gegenüber der aktuellen globalen Krise, die überall erlebt wird. Wir unterstützen die europäische Mobilisierung gegen die Sparmaßnahmen, deswegen haben sich die Gewerkschaften in Lateinamerika und der Karibik in Solidarität mit dem Generalstreik mobilisiert.

Mit all der uralten Kraft, die in der Wurzel unseres Herzens lebt, stehen wir, wir werden jetzt den Traum des Seins realisieren, Würde sein, Liebe sein, Hoffnung sein, Leben sein...

von Pachamama conexion
Eine Zusammenfassung derMingainformativa von Sag es weiter.

Für weitere Infos:
Los Movimientos: http://www.movimientos.org

Derechos de la Madre Tierra: http://movimientos.org/madretierra
Enlace Indígena: http://movimientos.org/enlacei/
Radioteca, intercambio de Audios: http://www.radioteca.net/index.php



Traditionelle Danksagungsfeiert für die Mutter Erde. Casa de Salta. Buenos Aires Argentina
Foto: El Tribuno Salta

Economia gris disfrazada de verde? No, gracias.

Foro de los Pueblos Indigenas sobre Cambio Climatico

"Desde hace décadas los pueblos indígenas hemos advertido que los cambios climáticos confirman el quiebre de la relación armónica entre hombres y mujeres y la Madre Tierra, poniendo en peligro el futuro de la humanidad. Es todo un modelo de civilización el que está en crisis, aquel que se inició hace 500 años con el saqueo de los bienes naturales para el enriquecimiento y la acumulación de capital. La alternativa es cambiar el sistema, no el clima, apostando por un nuevo paradigma civilizatorio, por el Buen Vivir, en armonía entre los pueblos y la Madre Naturaleza".

2 de diciembre 2011 en Durban, Suráfrica. Declaración del Foro de los Pueblos Indígenas sobre Cambio Climático

La COP17 (Conference of the Parties) sobre Cambio Climático en el Marco de las Naciones Unidas (UNFCCC) se realizó dell 28.11 - 9.12.2011 en Durban, Suráfrica. El desarrollo de este evento, que agrupa a mas de 200 paises, es definitivo para las negociaciones internacionales acerca del cambio climatico, por una parte porque el Protocolo de Kioto vence a finales del 2012 y por otra porque según estudios de la misma ONU y otras organizaciones internacionales nos encontramos a nivel global en una situacion de emergencia: hemos alcanzado el maximo historico de emsiones de CO_2 y del efecto de invernadero.

El Foro indigena acerca del cambio climático como Cumbre alternativa agrupó organizaciones indigenas y sociales de todos partes del mundo, como lo son el ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de nuestra América), Representantes del Gruppe der 77 (G-77) -fundado en 1964 y que actualmente reune 131 paises- y diversas organisaciones Africanas, entre otras. Para estas organisaciones es el capitalismo, en todas sus formas clásicas y renovadas de dominación, la verdadera causa estructural de las múltiples crisis, que concentra la riqueza y produce desigualdades sociales, desempleo, violencia contra los pueblos y criminalización de los que lo denuncian. El actual sitema -representado por las grandes corporaciones, los mercados financieros y los gobiernos que garantizan su mantenimiento– produce y profundiza el calentamiento global y la crisis climática, el hambre y la desnutrición, la pérdida de los bosques y la diversidad biológica y sociocultural, la contaminación química, la escasez de agua potable, el aumento de la desertificación de los suelos, la acidificación de los mares, el acaparamiento de tierras y la mercantilización de todos los aspectos de la vida en las ciudades y en el campo.

Declaración contra la COP17. Puntos centrales:

LA ECONOMÍA VERDE (New green economy): Este modelo económico pretende someter todos los ciclos vitales de la naturaleza a las reglas del mercado a través de la privatización y mercantilización de la naturaleza y sus funciones, así como de los conocimientos tradicionales. Los mercados financieros especulativos buscan expandirse a través de mercados de carbono, de servicios ambientales, de compensaciones por biodiversidad y del mecanismo REDD+ (1).

DEUDA CLIMÁTICA: Los países desarrollados se hicieron ricos a expensas del planeta y del futuro de los pueblos, explotando el carbón o el petróleo. Ellos deben pagar por las pérdidas y daños resultantes, reduciendo drásticamente sus emisiones ahora y apoyando financieramente a los países del Sur por un cambio hacia las energías limpias, asumiendo su responsabilidad histórica en todas las dimensiones. No hablamos solo de una compensación económica, sino de justicia reparadora, entendida como la restitución integral a la Madre Tierra y a todos sus seres vivos.



Foto: Infancia hoy

Los transgénicos, los agrotóxicos, la tecnología Terminator, los agrocombustibles, la nanotecnología, la biología sintética, la vida artificial, la geoingeniería, la energía nuclear, entre otras, nos son presentadas como "soluciones tecnológicas" a los límites naturales del planeta y a las múltiples crisis, sin encarar las verdaderas causas que las provocan. Estas nuevas tecnologias son meramente un brazo del mercado global para el beneficio de las corporaciones transnacionales. Es por eso que la crítica al monopolio de patentes, o la evaluación ambiental, social y cultural de las tecnologías, no está entre los resultados de Durban.

Además se promueve la ampliación del sistema alimentario agroindustrial, que es uno de los mayores factores causantes de las crisis climática y el aumento del hambre en el mundo, profundizando la especulación con los alimentos y favoreciendo los intereses de las corporaciones del agronegocio en desmedro de la Naturaleza, la producción local, campesina y familiar y de los pueblos originarios, afectando a todas las poblaciones del mundo.

El Reto

Reconociendo la gravedad de la actual situación a nivel planetario vemos que es indispensable y urgente avanzar de la resistencia a la propuesta y a la acción, como ha mostrado el ejemplo de la Lucha Zapatista. Es por eso que del 17 - 19.6.2012 se realizó la "Conferencia Internacional de los Pueblos Indígenas sobre el Desarrollo Sostenible y la Libre Determinación", en Río de Janeiro, Brasil, como proceso alternativo a la conferencia de las Naciones Unidas Rio+20. Para ello las Organizaciones indígenas andinas articuladas en la CAOI construyeron y validaron en Cochabamba, Bolivia su posicionamiento hacia Río+20 en el documento "Por un nuevo paradigma civilizatorio: Buen Vivir en armonía con la Madre Tierra para garantizar la vida". Algunos de los puntos que se fueron planteados son: La cultura como una dimensión fundamental del desarrollo sostenible.

Como Pueblos Indígenas nuestros sistemas de creencias culturales fundamentales y nuestra cosmovision están basadas en nuestras relaciones sagradas con la Madre Tierra que han sustentado nuestros pueblos a través del tiempo. La supervivencia de los pueblos originarios se basa en el apoyo de nuestras culturas, que nos proporcionan lo material, lo social y la fuerza espiritual.

El ejercicio pleno de nuestros derechos humanos y colectivos

Los Derechos humanos, la declaración de la ONU de los derechos de los pueblos indígenas, el convenio 169 de la OIT, la jurisprudencia de los organismos internacionales y el convenio sobre la diversidad biológica deben ser incorporados como estándares de derechos para la implementación del desarrollo sostenible. El consentimiento previo, libre e informado debe ser el estándar aplicado en todo lo que afecte a los pueblos originarios. La adopción de una declaración universal de los derechos de la Madre Tierra y la creación de un tribunal Internacional de Justicia climática, debe apuntar a la trascendencia del modelo Humano-centrista que rige nuestra sociedad.

El fortalecimiento de diversas economías locales y la ordenación territorial

Para los pueblos indígenas, la autodeterminación es la base del Buen Vivir / Vivir Bien, y esto se realiza a través de derechos seguros sobre la tierra, de la ordenación territorial y la construcción comunitaria de economías más vibrantes. Estas economías proporcionan medios de vida autosostenibles locales y solidaridad comunitaria, factores defenitivos para la transformacion. Por eso vamos a seguir fortaleciendo y defendiendo nuestras economías ancestrales, vamos a definir y poner en práctica nuestras propias prioridades para el desarrollo económico, social y cultural y la protección del medio ambiente, sobre la base de nuestras culturas tradicionales, nuestros conocimientos y prácticas y de la aplicación de nuestro derecho inherente a la libre determinación.

Mujeres indígenas

Vamos a incorporar la Visión y participación de la mujer indígena en todos los espacios de discusión. Reconociendo a la mujer como dadora de vida y transmisora de conocimientos ancestrales, así como eje fundamental para el mantenimiento de la soberanía Alimentaria. Para eso Vamos a revitalizar, fortalecer y restaurar nuestras instituciones y métodos para la transmisión de nuestros conocimientos y prácticas tradicionales que se centran en la transmisiónoral por nuestras mujeres y nuestros ancianos a las próximas generaciones.

Semillas

Vamos a restablecer el intercambio de conocimientos y productos, incluidos los intercambios de semillas entre nuestras comunidades y pueblos en refuerzo de la integridad genética de nuestra biodiversidad. Acción que consolida su inicio con más de 100 organizaciones, con representación de hermanos y hermanas de Argentina, Bolivia, Brasil, Colombia, Ecuador, El Salvador, México, Paraguay, Uruguay y Venezuela, que se reunieron del 26 - 29.10.2012 en Monte Carmelo, Edo Lara, Venezuela en el 1er Encuentro internacional de Guardianes y Guardianas de Semillas.

Comunicación

Somos conscientes de que es indispensable y estratégico ampliar las articulaciones entre los movimientos populares de todas las regiones del mundo para confrontar y frenar el proyecto de la economía verde. Esta gran alianza deberá estar basada en la solidaridad entre los pueblos del Planeta. Los sectores sociales que están en Movimiento en los países Industrializados juegan un papel definitivo en este proceso, por eso encontramos de suma importancia el trabajo solidario entre los continentes. La Cumbre Alternativa “La Hora de los Pueblos” que se celebró en Cádiz, España del 16 - 17.11.2012, con ocasión de la XXII Cumbre Iberoamericana de Jefes de Estado y de Gobierno, es uno de los pasos que se viene realizando en esa dirección.

Nos posesionamos solidariamente con las movilizaciones en Europa contra las medidas de austeridad, es por eso que las centrales sindicales de América Latina y Caribe se movilizaron en solidaridad a la huelga general.

Con toda la fuerza ancestral que habita en las raíces de nuestros corazones nos levantamos para realizar el sueño de ser, ser dignidad, ser amor, ser esperanza, ser vida...

Pachamama conexion
Una síntesis de la Minga Informativa de Pasa la voz.

Mas Infos en:
Los Movimientos: http://www.movimientos.org

Derechos de la Madre Tierra: http://movimientos.org/madretierra
Enlace Indígena: http://movimientos.org/enlacei/
Radioteca, intercambio de Audios: http://www.radioteca.net/index.php

1.(Reducción de emisiones por deforestación evitada y degradación de bosques)

Wir erwarten keine Wohltätigkeiten

Selbsthilfeprojekte in Griechenland



Suppenküche auf offener Straße *Foto: SoZ*

Griechenland wird oft als "Experimentierfeld" bezeichnet für den Versuch, wie weit die Verarmung der Bevölkerung vorangetrieben werden kann. Griechenland scheint allerdings ebenso zu einem Labor zu werden, in dem neue Formen der Produktion und des Austauschs ausprobiert werden. So sagen die in Selbsthilfeprojekten Engagierten: „Bei uns ist eine ähnliche Situation wie in Nordafrika, es geht darum, das Regime zu stürzen. Nicht um einen Regierungswechsel, sondern um eine neue Gesellschaft, die sich aus der heutigen Situation heraus entwickelt.“ Oder: „Wir Griechen brauchen keine wohltätige Hilfe, wir sind nicht schwach, wir haben die Macht, die Entwicklung Europas zu beeinflussen." Solche Worte klingen unglaublich utopisch, wie eine Botschaft aus einer andern Welt.

Es ist allerdings eine frohe Botschaft, voller Hoffnung und Glauben an eine bessere Zukunft. Eine europäische Gruppe von Gewerkschaftern und solidarischen Menschen konnte das vom 15 bis 22 September selbst erfahren. Die nachstehende Vorstellung verschiedener Projekte aus dem Reisetagebuch von diesem Besuch zeigt deutlich, dass es hinter der Krise eine große Chance steht. Alle besuchten Projekte strahlen diese Zuversicht aus.

Das „Gesundheitszentrum der Solidarität" in Thessaloniki

Insgesamt etwa 40 Ärztinnen und Ärzte sowie weiteres medizinisches Fachpersonal arbeiten im "Gesundheitszentrum der Solidarität" in Thessaloniki – alle ehrenamtlich und unentgeltlich. Sie bieten eine Art erste Hilfe. Die Räume gehören der Regionalorganisation Thessaloniki des Gewerkschaftsverbands GSEE und werden dem Gesundheitszentrum unentgeltlich überlassen. Antifaschistische Plakate hängen neben Kinderzeichnungen aus aller Welt und Informationen in mindestens vier nichteuropäischen Sprachen. Die Ärzt_innen des Zentrums intervenierten kürzlich in den öffentlichen Krankenhäusern, um eine Blutspendeaktion der Faschisten"griechisches Blut nur für Griechen" zu stoppen. Die Aktion für die Faschisten war ein Fiasko, Außer ihren eigenen Leuten war niemand zur Blutspende erschienen.

Ursprünglich zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen gegründet, wird das "Gesundheitszentrum der Solidarität" zunehmend auch von Einheimischen in Anspruch genommen. Dem griechischen Gesundheitswesen stehen weitere Verschlechterungen bevor: Die rund 140 staatlichen Krankenhäuser sollen auf 60 reduziert werden.

Medikamente, die hauptsächlich gebraucht werden, sind Impfstoffe. Das Problem bei Medikamenten, die im Ausland gesammelt werden, ist die fehlende inländische Zulassung. Selbst wenn ein Medikament dieselben Wirkstoffe enthält, aber einen anderen Namen hat, ist es nicht zugelassen. Darum ist es am einfachsten, wenn die benötigten Medikamente vor Ort gekauft werden.

Ein selbstorganisiertes Gesundheitszentrum, Athen

Hier werden keine Geldspenden entgegengenommen. Geld scheint in Griechenland nach all den Korruptionsskandalen derart in Verruf gekommen zu sein, dass die verschiedenen Initiativen der Selbstorganisation so weit wie möglich ohne auskommen wollen. Stattdessen erhält man eine Liste mit den benötigten Medikamenten und wird gebetet, diese in der nahe gelegenen Apotheke zu besorgen. So kaufen wir für 500 Euro Impfstoffe für Kinder und andere medizinische Produkte. Der Apotheker legt von sich aus noch einiges drauf, weil er das Zentrum kennt.

Ein soziales Zentrum, Athen

Das autonome Zentrum in der Nähe des Polytechnikums befindet sich noch im Aufbau. Das Haus, in dem früher eine Privatschule untergebracht war, wird nach und nach renoviert, mit Materialspenden und unzähligen Stunden unentgeltlicher Arbeit. So weit wie möglich wollen sie ohne Geldspenden auskommen, nur mit Naturalspenden und freiwilliger Arbeit – erste Schritte hin zu einer neuen Gesellschaft, in der es kein Geld mehr geben wird.

Hier sind verschiedene Arbeitsgruppen tätig, unter anderem eine Rechtsberatung für Menschen, die sich weigern, die neuen, schlechteren Arbeitsverträge zu unterzeichnen. Ähnliche Initiativen gebe es in ganz Griechenland – eine breite Bewegung, der sich viele angeschlossen haben, die letztes Jahr den Syntagma-Platz besetzt haben. Demnächst werde eine Landkarte Griechenlands entstehen, wo jeder online seine Ortschaft anklicken und sehen könne, welche Möglichkeiten zur Selbsthilfe es an seinem Ort bereits gibt.

Der besetzte Campingplatz von Voula

"Unsere erste Aktion war, dafür zu sorgen, dass die Menschen wieder kostenlos im Meer baden können. Denn nebenan muss man 7 Euro bezahlen, damit man an den Strand kommt", erklärt uns der Mann, der uns im Voula,einer Vorortgemeinde von Athen, abholte, um uns das Gelände zu zeigen, das von der Küstenstraße bis an den Strand reicht und dem griechischen Staat gehört.

"Zwanzig Jahre lang war der Campingplatz nicht mehr benützt worden. Am 10.Juni haben wir das Gelände besetzt, damit es der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung gestellt werden kann." Die Aktivisten, die zur Organisation Enallaktiki Drasi (Alternative Aktion) gehören, säubern in Freiwilligenarbeit regelmäßig den Strand. Der Bürgermeister, der die Aktion unterstützt, lässt die Abfälle durch die Müllabfuhr abholen.

Die Regierung will aber den gesamten Küstenstreifen von Saronikos, von Piräus bis Kap Sounion, zu einer Anlage für Luxustourismus machen. Betroffen wäre auch ein Behindertenheim auf dem angrenzenden Gelände. Die behinderten Kinder müssten weichen, damit nachher dort die Schönen und Reichen baden können.

Auf Eleftherotypia folgt die "Zeitung der Redakteure"

Babis Agrolabos, ein ehemaliger Redakteur von Eleftherotypia, hat uns eingeladen und will uns sein neues Zeitungsprojekt vorstellen. Das neue Projekt soll zur Überwindung der Krise beitragen - mit "unabhängiger und vielstimmiger Berichterstattung, umfassender Erforschung jeder Seite der Realität und vor allem harter, aber ehrlicher Kritik an den Herrschenden und allen, die es werden wollen". Unter der Überschrift "Pressefreiheit ist nicht vererbbar" teilt die Redaktion der neuen Publikation ihre Absichten mit: "Die Charakteristiken der unabhängigen, demokratischen Zeitung, in der wir vorher gearbeitet haben, aufrechterhalten, aber auch einen neuen kraftvollen Weg der Information öffnen zu wollen, bei dem der Krise mit einer Front gegen die Propaganda, die Intransparenz, die Abhängigkeit, die Verdrehung und die Verheimlichung von Nachrichten begegnet wird. " Mit dem Vorhaben wollen die beteiligten Journalisten beweisen, dass eine tatsächlich unanhängige und pluralistische Zeitung machbar ist. Sie möchten den Medienarbeitenden die Loslösung aus alten und neuen Interessenverstrickungen ermöglichen, die ihre Branche in hohem Maße diskreditiert und in gelenkten Journalismus geführt hat.

Von den hundert Leuten, die am Projekt mitwirken, kommen neunzig von Eleftherotypia (deutsch: "Freie Presse"), die seit dem Ende der Militärdiktatur 1974 bis 2011 erschien. Sie beschäftigte früher 800 Menschen, darunter 200 Redakteure und Journalisten. Die neuen Zeitungsmacher setzen auf kollektive, genossenschaftliche Lösungen. Alle haben 1000 Euro in die Genossenschaft einbezahlt und eine Stimme auf der Versammlung, die alle drei Monate stattfindet und den Chefredakteur sowie die Ressortchefs wählt. Die Genossenschaft hält 51% der Anteile, die restlichen 49% sollen von beliebigen Geldgebern kommen.

Tagsüber gehen die Redakteur_innen ihrer normalen Lohnarbeit nach, abends arbeiten sie unentgeltlich für die neue Zeitung. Die ersten beiden Monate werden alle umsonst arbeiten, danach wenigstens zum gewerkschaftlichen Mindestlohn.



Ein besetzter Betrieb „Viomichaniki Metalleutiki" in Thessaloniki

Hier wurden früher Kacheln, Bodenbeläge und speziell beschichtete Dämmplatten für Wärmeisolierung an Gebäuden hergestellt. Nach dem Konkurs der ehemaligen Muttergesellschaft Filkeram-Johnson gab es auch für "Viomichaniki Metalleutiki" keine Aufträge mehr. Die Kund_innen wanderten zur Konkurrenz ab oder bezogen die Produkte aus dem Ausland.

Seit dem Mai 2011 haben die Arbeiter_innen keine Löhne mehr bekommen. Im Juli setzte sich der ehemalige Besitzer endgültig ab. Es gab kein ausreichendes Rohmaterial mehr, mit dem man hätte weiter produzieren können. Die Belegschaft will sich aber nicht mit der Arbeitslosigkeit abfinden, sie will wieder selber produzieren. Aufträge gäbe es genug, auch aus dem benachbarten Ausland, aus dem Balkan, aus Zypern und aus Israel.

Unstrittig ist, dass das Inventar wegen der ausstehenden Löhne inzwischen den Arbeiter_innen gehört. Was fehlt, sind die Besitzanteile an der Firma. Solange sie diese nicht haben, dürfen sie keine Produkte verkaufen. Die Arbeiter_innen wollen sie vor Gericht einklagen, aber das Verfahren zieht sich hin. Die "Karawane der Solidarität" welche in Alexandroupoli startete, hat das Ziel Druck auszuüben; Die Forderungen sollen dem Ministerpräsidenten übergeben werden. "Viomichaniki Metalleutiki" hat auch Kontakte zu Mondragón in Spanien, der weltweit größten Genossenschaft.

Ein Treffen mit dem SYRIZA-Abgeordneten Kostas Isychos

Costas Isychos, Mitglied des politischen Sekretariats von Synaspismos, schildert lebhaft und engagiert die katastrophalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände in seinem Land. Besonders beunruhigend ist für ihn, wie die Faschisten der "Goldenen Morgenröte" versuchen, das soziale Elend zu ihren Gunsten zu nutzen und wie der Staat ihnen freie Hand lässt. Die SYRIZA-Leute wollen den faschistischen Sumpf trockenlegen, bevor er endgültig zur Massenbewegung wird. "Wir müssen den Menschen wieder eine Perspektive geben, sonst gehen sie zu den Faschisten!" Nicht ideologische Konzepte, sondern praktische Solidarität ist gefragt. Darum setzt SYRIZA sich mit aller Kraft für Selbsthilfeprojekte ein.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war im letzten Winter das Kartoffelprojekt, welche die Produzenten für 20 Cent das Kilo direkt an die Verbraucher verkauften – bei 9 Cent Herstellkosten ein ausreichender Ertrag für die Bauern und ein guter Preis für die Konsumenten."Im nächsten Winter werden wir dieses Projekt erweitern, durch zusätzliche Produkte. Unser Ziel ist es, dass niemand in Griechenland Hungers sterben wird!"

„Es ist kein Geld, das wir vom übrigen Europa wollen. Wir erwarten keine Wohltätigkeit, sondern Solidarität!" Das ist Costas Botschaft an uns, ein flammender Aufruf an die Arbeiterinnen und Arbeiter im Nord- und Mitteleuropa, ihre griechischen KlassengenossInnen nicht im Stich zu lassen.

Manfred Klingele

www.sozonline.de/2012/11/selbsthilfeprojekte-in-griechenland/

SPENDENKONTEN

für ein UNABHÄNGIGES BRANDGUTACHTEN:

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Zweck: Brandgutachter
Bank für Sozialwirtschaft
Kontonummer: 1233 601
Bankleitzahl: 100 205 00

für weitere AKTIONEN der INITIATIVE:

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Bank für Sozialwirtschaft
Kontonummer: 1233 600
Bankleitzahl: 100 205 00

Internationale Liga für Menschenrechte und Kommitte für Grundrechte und Demokratie:

Der polizeigemachte Tod Oury Jallohs bleibt unaufgeklärt

Im Januar 2005 verbrennt der Flüchtling Oury Jalloh an Händen und Füßen gefesselt in einer Polizeizelle in Dessau. Am 13. Dezember 2012 wird der Dienstgruppenleiter der Dessauer Polizeiwache der unterlassenen Hilfeleistung schuldig gesprochen. Die Prozessbeobachtung der Internationalen Liga für Menschenrechte und des Grundrechtekommitees zieht in einer ersten Stellungnahme ein vernichtendes Fazit der Verhandlung.

Das heute mündlich ergangene Urteil betrifft lediglich das letzte Glied einer polizeibewirkten Ereigniskette rund um den Verbrennungstod Oury Jallohs: Nämlich die Frage, ob der damalige Dienstgruppenleiter Oury Jalloh hätte retten können, hätte er gleich auf den ersten Feueralarm reagiert. Da der Todeszeitpunkt Oury Jallohs auch in diesem Verfahren nicht genau bestimmt werden konnte, lässt sich folglich die Spanne der möglichen Rettungszeit nicht rekonstruieren. Insofern wurde der angeklagte Dienstgruppenleiter wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die von Anfang an einseitig ermittelnde Staatsanwaltschaft und die 1. große Strafkammer des Landgerichts Magdeburg haben folgenreich versagt.

Beide haben nicht alles gerichtlich Mögliche unternommen, um aufzuklären, wie der Brand überhaupt hatte entstehen können. Das nun verkündete gerichtliche Urteil deckt den polizeigemachten Tod Oury Jallohs voreilig zu – mit dem offenkundigen Ziel, den öffentlichen Skandal, dass ein an Händen und Füßen gefesselter Mensch im Polizeigewahrsam verbrennt, endlich rechtsstaatlich zu befrieden. Mit dieser gerichtlichen Entscheidung wird allerdings in erster Linie die Polizei in Sachsen-Anhalt geschützt. Das Unrecht, der Feuertod Oury Jallohs bleibt politisch und strafrechtlich folgenlos.

Das Fazit unserer Beobachtung des fast zweijährigen Revisionsprozesses nach 66 Verhandlungstagen:

Erstens: Das Gerichtsverfahren hat gezeigt, die Feststellung der Identität Oury Jallohs, seine Festnahme durch die diensthabenden Streifenpolizisten, die Blutentnahme durch den Polizeiarzt, seine Fesselung und Isolation in der Zelle Nr. 5 sowie der verlängerte Freiheitsentzug auf Anordnung des Dienstgruppenleiters des Polizeireviers Dessau-Rosslau ohne richterliche Entscheidung, entbehrten jegliche Rechtsgrundlage. Die damals gültige Gewahrsamsordnung wurde missachtet. Dieses widerrechtliche polizeiliche Gewalt- und Zwangshandeln führte ursächlich zum Verbrennungstod Oury Jallohs. Darum: ein polizeigemachter Tod.

Zweitens: Selbst die Staatsanwaltschaft räumt inzwischen ein, dass die Annahme, Oury Jalloh habe das Feuer selbst gelegt, nur eine unter anderen möglichen Annahmen sei. Selbst dieses Zugeständnis der Staatsanwaltschaft am vorletzten Verhandlungstag täuscht noch die Öffentlichkeit. Denn inzwischen lassen es zu viele Indizien, zu viele offensichtliche Ungereimtheiten im gerichtlich rekonstruierten Geschehensablauf als unwahrscheinlich erscheinen, dass Oury Jalloh seinen Tod selbst herbeigeführt habe. Weiterhin unbeantwortet bleibt die aufklärungszentrale Frage, wie Feuerzeugreste, die sich nicht bei der ersten Spurensicherung, sondern erst nachträglich bei den Asservaten angefunden haben, einem Feuerzeug zugeordnet werden können, das in der Gewahrsamszelle gewesen sein soll. Zumal an eben diesen Asservaten weder DNA-Spuren des Opfers noch Faserspuren seiner Kleidung oder der Matratze festgestellt werden konnten. Diesen und vielen weiteren neuen Indizien, die das Revisionsverfahren zutage förderte, gingen Staatsanwaltschaft und Gericht nicht nach. Widersprüche zwischen Zeugenaussagen, die den ungeheuerlichen Verdacht nähren, dass Polizisten den Brand gelegt haben müssten, wurden nicht aufgelöst.

All dies zusammen mit der Tatsache, dass zahlreiche Beweismittel verschwunden sind, die Polizeibeamten, die an jenem Tag ihren Dienst versahen, im Gerichtssaal eine kollektive Amnesie demonstrierten oder sich in haltlosen Lügen und Vertuschungen übten, erweist sich im Nachhinein als erfolgreiche Strategie der Polizei- und ihrer Kontrollbehörden im Innenministerium Sachsen-Anhalts. Gericht und Staatsanwaltschaft setzten ihr nichts entgegen.

Vor diesem Hintergrund muss sowohl der 1. Große Strafkammer des Magdeburger Landgerichts als auch dem Oberstaatsanwalt mangelndes Aufklärungsinteresse vorgehalten werden. Der Verlauf auch des zweitinstanzlichen Revisionsverfahren war keineswegs vom Rechtsanspruch der Familie Oury Jallohs auf eine rückhaltlose Aufklärung des Feuertodes ihres Angehörigen bestimmt, sondern vorrangig vom Bestreben, Schaden von der Polizei und ihren Aufsichtsbehörden des Landes Sachsen-Anhalt abzuwenden.

Welche Wirkung wird das Urteil entfalten? Die Kontrolle über staatlich ausgeübte Gewalt hat versagt. Staatsanwaltschaft und Gericht sind ihrer vornehmsten Aufgaben in der gewaltenteiligen Demokratie nicht nachgekommen. Dieses Fazit ist zu allererst für Flüchtlinge, Asylsuchende oder die Black Community mit gravierenden Folgen verbunden. Sicherheit nämlich, dass Opfer rassistischer oder anderer unrechtmäßiger Polizeigewalt staatsanwaltschaftlich und gerichtlich geschützt werden, gibt ihnen das Urteil nicht. Im Gegenteil: Es bestätigt vielmehr, dass staatlicher Schutz vor allem dem Handeln der Polizei garantiert ist, selbst dann noch, wenn dieses unrechtmäßig war und tödliche Folgen hatte.

Schaden genommen hat, nun auch mit dem heutigen Urteilsspruch, die rechtsstaatlich verfasste Demokratie und die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Für die Familie Oury Jallohs kann das verkündete Urteil weder den Rechtsfrieden herstellen noch die Wunden heilen. Nicht nur lässt es offen, wer für den Tod ihres Angehörigen letztlich verantwortlich ist, es verletzt zusätzlich die Würde des verlorenen Sohns. Das Gericht und die Staatsanwaltschaft hielten bis zum Schluss an der These fest, dass das Opfer seinen Tod selbst herbeigeführt habe. Nicht genug damit, dass Oury Jalloh eine tödlich verlaufende Behandlung durch die Polizei erfuhr, Gericht und Staatsanwaltschaft beließen es systematisch im Ungewissen, ob ihm nicht selber eine Schuld am eigenen Verbrennungstod angelastet werden müsse.

Dass der polizeigemachte Tod Oury Jallohs gerichtlich nicht aufgeklärt wurde, zeigt die Grenzen dieses strafrechtlichen Verfahrens auf, in dem nicht nur ein einzelner Polizeibeamter auf der Anklagebank saß, sondern „die Polizei", genauer das Polizeirevier und – indirekt – das zuständige Dessauer Polizeipräsidium sowie das politisch verantwortliche Innenministerium Sachsen-Anhalts.

Das offenkundige Versagen der Gewaltenkontrolle, d. h. der gerichtlichen Kontrolle von staatlichem Gewalthandeln muss der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland Anlass zur Sorge sein. Denn die institutionellen Strukturen der Polizeiarbeit, in denen ein Übermaß an Gewalt und Diskriminierung nisten, bleiben durch das Urteil unangefochten und wirken fort.

Dirk Vogelskamp, Prozessbeobachter des Grundrechtekomitees
Fanny-Michaela Reisin, Prozessbeobachterin der Internationalen Liga für Menschenrechte

Ausführliche Berichte über den Prozessverlauf finden sich auf der Seite der Liga: www.ilmr.de

Weil nicht sein kann
was nicht sein darf

Weil nicht sein kann
was nicht sein darf
hat dieser Mensch
sich selbst verbrannt
darum war er in der Lage
die Matratze zu entzünden
die feuerfeste Matratze
die Hände und Füße in Ketten

Weil nicht sein kann
was nicht sein darf
hat dieser Mann sich selbst verbrannt
mit diesem Feuerzeug
das nicht zu finden war
nicht als man hineinbrachte
nicht als man heraustrug
was von ihm blieb

Weil nicht sein kann
was nicht sein darf
hat dieser Afrikaner
sich selbst verbrannt
in dieser Polizeizelle
in Deutschland
im Jahr Zweitausendfünf

Und weil ja nicht sein kann
was nicht sein darf
kann sich niemand erinnern
wer aus- und einging
in diesen Keller
in Dessau
im Januar

Weil nicht sein kann
was nicht sein darf -
Wer wagt zu fragen
- Wie brach sein Nasenbein
- Wie riß sein Trommelfell
bevor er verbrannte
in Ketten
in der Zelle
in Dessau

Ein Glück dass nicht sein kann
was nicht sein darf
Denn was sollten wir denken
welche Worte müßten wir sprechen
und was würden wir träumen
wenn doch sein könnte
was nicht sein darf

Jan Klein